

# Eine Analyse und Dokumentation zur Partei und Fraktion „DIE LINKE.“

## „Nicht auf dem Boden der Verfassung“



„Nicht auf dem Boden der Verfassung“

Eine Analyse und Dokumentation  
zur Partei und Fraktion „DIE LINKE.“

Teil III – November 2009

erstellt von der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag

# Inhalt

<b>Einleitung</b> .....	3
<b>Teil A „DIE LINKE.“</b> .....	4
I. Geschichte der Partei „DIE LINKE.“ .....	4
II. Programmatik der Partei „DIE LINKE.“ .....	6
1. Systemüberwindung – die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Linken.....	6
2. Sozialismus – das zentrale Ziel der Linken .....	14
3. Populismus – die teuren Forderungen der Linken .....	17
<b>Teil B „DIE LINKE.“ Hessen</b> .....	19
I. Allgemeine Parteiarbeit .....	19
II. Parteitag am 11. Oktober 2008 in Friedberg.....	22
III. Parteitag am 29. und 30. November 2008 in Flörsheim .....	24
IV. Parteitag am 25. April 2009 in Bad Homburg .....	26
V. Parteitag am 21. November 2009 in Melsungen .....	30
<b>Teil C „DIE LINKE.“ Landtagsfraktion in Hessen</b> .....	32
I. Mitglieder der Landtagsfraktion .....	32
1. Willi van Ooyen, Fraktionsvorsitzender .....	32
2. Janine Wissler, Fraktionsvorsitzende.....	33
3. Hermann Schaus, Parlamentarischer Geschäftsführer .....	33
4. Barbara Cárdenas Alfonso.....	34
5. Marjana Schott.....	34
6. Dr. Ulrich Wilken .....	35
II. Parlamentarische Arbeit der Fraktion .....	35
1. Erster Plenartag der neuen Wahlperiode am 18.2.2009 .....	35
2. Plenum 31.3 - 2.4.2009.....	38
3. Plenum 12.5 - 14.5.2009 .....	40
4. Plenum 16.6 - 18.6.2009 .....	42
5. Plenum 7.7 - 9.7.2009.....	46
6. Plenum 15.9. - 17.9.2009 .....	47
7. Plenum 6.10 - 8.10.2009.....	50
<b>Teil D Bündnisfähigkeit der Partei „DIE LINKE.“</b> .....	52
<b>Zusammenfassung</b> .....	56

## Einleitung

Die CDU-Fraktion im Hessischen Landtag hat im April 2008 die erste Dokumentation über die Partei „DIE LINKE.“ in Hessen vorgelegt. Der Schwerpunkt der Dokumentation lag damals auf den Aktivitäten der „Linken“ im Wahlkampf und in den zwei Monaten nach der Wahl bis zum April 2008. Der zweite Band konzentrierte sich auf die folgende parlamentarische und innerparteiliche Arbeit bis zum Oktober 2008. Im Jahr 2009 erscheint nun der dritte Band der sich mit der parteipolitischen und parlamentarischen Arbeit der Landtagsfraktion seit November 2008 bis November 2009 auseinandersetzt.

Im Jubiläumsjahr des Grundgesetzes ist es ein besonderes Anliegen der CDU-Landtagsfraktion, den Schutz unserer Verfassung als unabdingbare Voraussetzung für den Bestand unserer freiheitlichen, rechtsstaatlichen und demokratischen Ordnung hervorzuheben. Das Grundgesetz bekennt sich klar und deutlich zu Demokratie, Freiheit und der unantastbaren Würde des Menschen. Es ist deshalb Aufgabe aller Demokraten, diese auch international vorbildliche Verfassung vor Extremisten und Verfassungsfeinden zu schützen. Mit dem dritten Band der Dokumentationsreihe bekräftigt die CDU-Landtagsfraktion ihre demokratische Verantwortung und setzt sich entschlossen gegen extremistische und verfassungsfeindliche Bestrebungen der Partei „DIE LINKE.“ zur Wehr. Eine demokratische Wahl macht „DIE LINKE.“ noch nicht zu einer demokratischen Partei.

Die CDU-Fraktion im Hessischen Landtag stützt diese Dokumentation – neben Auszügen aus wissenschaftlichen Gutachten unabhängiger Institutionen und Presseberichten – vor allem auf Programmaussagen und Interviewäußerungen führender Politiker der Partei „DIE LINKE.“ sowie auf die in den Parlaments- und Ausschussprotokollen festgehaltenen Erklärungen.



Dr. Christean Wagner  
Vorsitzender der CDU-Fraktion

## Teil A „DIE LINKE.“

### I. Geschichte der Partei „DIE LINKE.“

Die Partei „DIE LINKE.“ entstand am 16. Juni 2007 durch einen Beitritt der WASG, einer Vereinigung aus einem abgespaltenen SPD-Flügel und SPD-kritischen linken Gewerkschaftern, zur Linkspartei.PDS. Zu ihrem größeren Teil ging sie aus der 2005 umbenannten PDS hervor, die ihrerseits 1990 aus der ehemaligen DDR-Staatspartei SED entstanden war. Die Partei „DIE LINKE.“ ist damit die Fortsetzungspartei der SED. Im Frühjahr 2009 hat die Partei „Die Linke.“ sogar in einem Prozess vor der Pressekammer des Berliner Landgerichts ausdrücklich versichert, sie habe die Rechtsnachfolge der SED angetreten. An Eides Statt erklärte der Bundesschatzmeister der Linken, Karl Holluba:

„Die Linke‘ ist rechtsidentisch mit der „Linkspartei.PDS“, die es seit 2005 gab, und der PDS, die es vorher gab, und der SED, die es vorher gab.“<sup>1</sup>

Zwischen der DDR-Staatspartei SED und der Linkspartei gibt es damit vereins- und vermögensrechtlich eine eindeutige Kontinuität. Das Verbindungsglied heißt PDS. Deren Geschichte beginnt mit dem Rücktritt der SED-Parteiführung um Egon Krenz. Am 9. Dezember 1989 wurde Gregor Gysi zum letzten SED-Parteivorsitzenden gewählt, eine Woche später erfolgte die Umbenennung in SED-PDS. Am 4. Februar 1990 warf die Partei das schwer diskreditierte Kürzel SED endgültig über Bord und hieß nur noch PDS.

Die politische Bedeutung der PDS beschränkte sich seit der Wiedervereinigung über lange Zeit auf die neuen Bundesländer. Dies änderte sich erst, als im Juli 2004 linke Sozialdemokraten und Gewerkschaftsfunktionäre während der Hochphase der „Montagsdemonstrationen“ gegen die „Agenda 2010“ des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder den Verein „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit e.V.“ gründeten. Aus diesem Verein konstituierte sich am 22. Januar 2005 die Partei WASG. Im Juni 2005 konnte die WASG mit dem früheren Bundesvorsitzenden der SPD, Oskar Lafontaine, einen in Westdeutschland wäh-

---

<sup>1</sup> Die Welt vom 29. April 2009 zitiert nach: <http://www.welt.de/politik/article3649188/Die-Linke-Wir-sind-Rechtsnachfolgerin-der-SED.html>.

lerwirksamen Frontmann gewinnen. Damit hatte die PDS erstmals einen ernst zu nehmenden gleichgesinnten Partner im Westen.

Als es im Mai 2005 zur Ankündigung von vorgezogenen Neuwahlen zum Deutschen Bundestag kam, entschieden sich die Spitzen von WASG und PDS für ein Wahlbündnis unter der Regie der PDS. Am 17. Juli 2005 änderte die PDS ihren Namen ein drittes Mal und nannte sich fortan Linkspartei.PDS. Sie kam damit einer Forderung der WASG nach, die auf den Stimmzetteln in den westdeutschen Landesverbänden den Zusatz PDS strich, um ihre Erfolgsaussichten nicht durch die Assoziation der Wähler mit der SED zu schmälern. Bewusst sollte nach außen der Eindruck erweckt werden, es handele sich um einen historisch nicht vorbelasteten parteipolitischen Neuanfang.

Nach dem Erfolg bei der Bundestagswahl 2005 mit 8,7 % der Zweitstimmen gab die Parteiführung als nächstes Ziel aus, „eine Partei links von der SPD dauerhaft im deutschen Parteinispektrum zu etablieren“.<sup>2</sup> Die WASG versammelte in ihren Reihen ein Spektrum des linken Lagers der alten Bundesrepublik. Neben Gewerkschaftern hatten linke Sektierer, altbekannte Aktivisten des DKP-Flügels, der Friedensbewegung, Altkommunisten und Trotzkiisten eine neue gemeinsame politische Heimat gefunden. Mit Oskar Lafontaine verfügten sie über einen medienwirksamen Demagogen an ihrer Spitze.

Am 16. Juni 2007 trat die WASG der Partei bei, die sich seitdem Linkspartei bzw. „DIE LINKE.“ nennt. Damit gab es 17 Jahre nach der deutschen Einheit erstmals eine gesamtdeutsche Partei, die alle linksradikalen und sozialistischen Kräfte unter einem Dach vereinigte und die in Kontinuität zur totalitären SED steht.

Seit 1990 standen der Partei drei bzw. vier Vorsitzende vor: Gregor Gysi (1990-1993), Lothar Bisky (1993-2000), Gabriele Zimmer (2000-2003) und abermals Lothar Bisky, der seit 2007 den Vorsitz zusammen mit Oskar Lafontaine ausübt. Zu den Vorsitzenden befinden sich ausführliche Kapitel im ersten und zweiten Teil der Dokumentation.<sup>3</sup>

Gegenwärtig zählt die Partei nach eigenen Angaben rund 77.000 Mitglieder (Stand September 2009). Mit einem Anteil von ca. 50.000 Mitgliedern kommen etwa 2/3 aus den neuen

---

<sup>2</sup> Dietmar Bartsch: „Günstige Gelegenheiten zur Strategiebildung“, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 21 (2008) 1, S. 62.

<sup>3</sup> Vgl. Dokumentation Teil I, S. 20 ff. und Dokumentation Teil II, S. 14 ff.

Bundesländern bzw. aus Berlin.<sup>4</sup> Die Mehrheit dieses Teils der Mitgliedschaft stammt aus der SED. Sie sind in organisatorischer und ideologischer Hinsicht Träger der Partei. Dazu sagt Günter Schabowski, der der Partei fast ein halbes Jahrhundert angehört hatte:

„Die Mehrheit der Mitglieder kommt aus der SED und ist in Nostalgie gefangen. Das ist die Folie, auf der der vermeintliche Wunderknabe Gregor Gysi herumturnt.“<sup>5</sup>

## II. Programmatik der Partei „DIE LINKE.“

### 1. Systemüberwindung – die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Linken

Die Offenheit, mit der die Vertreter der Linkspartei immer wieder erklären, dass sie die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der heutigen Bundesrepublik, die Soziale Marktwirtschaft überwinden wollen, ist bemerkenswert. Diese Grundüberzeugung wird nicht mehr – wie in neunziger Jahren – nur intern geäußert, sondern offensiv vertreten. Den Startpunkt dazu setzte der amtierende Vorsitzende der Linkspartei, Lothar Bisky, schon am 15. Juni 2007, am Tag vor der Vereinigung der beiden Parteien, als er verkündete:

„Ja, wir diskutieren auch und immer noch die Veränderung der Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse und auch das unterscheidet eine neue Partei links von der Sozialdemokratie in Deutschland von anderen. Kurz gesagt: Wir stellen die Systemfrage! Für alle von den geheimen Diensten noch einmal zum Mitschreiben: Die, die aus der PDS kommen, aus der EX-SED und auch die neue Partei „DIE LINKE.“ - wir stellen die Systemfrage.“<sup>6</sup>

„Die Linke.“ ist die einzige im Deutschen Bundestag vertretene Partei, die offen angekündigt hat, die Ordnung unseres Gemeinwesens „überwinden“ zu wollen. Zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik hat „DIE LINKE.“ bis heute kein positives Verhältnis gefunden. Im Gegenteil: Sie lehnt die bestehende staatliche Ordnung ab. Die „Programmatischen Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland“ gelten als das Gründungsdokument der Linken. Hier legen sie sich fest:

---

<sup>4</sup> Vgl. [http://die-linke.de/partei/fakten/mitgliederzahlen\\_september\\_2009/](http://die-linke.de/partei/fakten/mitgliederzahlen_september_2009/).

<sup>5</sup> Günter Schabowski, ehemaliges Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED und früherer erster Sekretär der SED-Bezirksleitung von Ost-Berlin, in: Der Spiegel vom 9. Juli 2001.

<sup>6</sup> Lothar Bisky, Rede auf der 3. Tagung des 10. Parteitags der Linkspartei.PDS, 15. Juni 2007, in: [http://archiv2007.sozialisten.de/partei/parteitag/pt1003/view\\_html/zid35922/bs1/n0](http://archiv2007.sozialisten.de/partei/parteitag/pt1003/view_html/zid35922/bs1/n0).

„Notwendig ist die Überwindung aller Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse, „in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (Karl Marx) [...] Unsere Alternative: [...] Überwindung des Kapitalismus“<sup>7</sup>

Der Wille der Linkspartei, die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik zu überwinden, das heißt abzuschaffen, drückt sich nicht nur in ihrem Gründungsdokument aus. Auch ihre führenden Parteivertreter erklären dies öffentlich. Die folgenden Aussagen sind chronologisch geordnet und sprechen eine eindeutige Sprache:

- „Wer mir sagt, das Staatswesen der Bundesrepublik gehöre abgeschafft, dem sage ich [...] ‚Er hat Recht‘.“<sup>8</sup>
- „Die PDS ist im Unterschied zur SPD nicht der Auffassung, dass sich wirkliche soziale Gerechtigkeit und ökologische Umgestaltung innerhalb der herrschenden Strukturen herstellen lassen. Deshalb wollen wir zu einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft kommen.“<sup>9</sup>
- „Die PDS ist eine sozialistische Partei und steht in gesellschaftlicher Opposition, das ist unser Verständnis zu dem kapitalistischen System.“<sup>10</sup>
- „Die Mehrheit der Programmkommission [der PDS hat] nie bestritten, dass vom Kapitalismus ursprünglich die Gefährdung der menschlichen Zivilisation ausgeht und die in den Eigentumsverhältnissen wurzelnden kapitalistisch geprägten Machtstrukturen überwunden werden müssen.“<sup>11</sup>
- „Wir sind die Kraft, die die Systemfrage stellt.“<sup>12</sup>
- „Aber der Kapitalismus kann nicht die letzte Antwort der Geschichte sein. Wir bleiben Sozialistinnen und Sozialisten, weil wir in die Zukunft schauen [...] Und deshalb brauchen wir insofern einen Systemwechsel, da hat Lothar recht.“<sup>13</sup>
- „... weil wir die einzige Partei sind, die die Systemfrage aufwirft...“<sup>14</sup>

---

<sup>7</sup> „Programmatische Eckpunkte - Programmatisches Gründungsdokument der Partei Die Linke“, Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei.PDS am 24. und 25. März 2007 in Dortmund, Quelle: [http://die-linke.de/partei/dokumente/programm\\_der\\_partei\\_die\\_linke\\_programmatische\\_eckpunkte/](http://die-linke.de/partei/dokumente/programm_der_partei_die_linke_programmatische_eckpunkte/).

<sup>8</sup> Interview von Helmut Holter, dem späteren stellv. Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern, mit Antenne Mecklenburg-Vorpommern am 19. Juni 1994 (Holter sollte den vorgegebenen Satz vervollständigen).

<sup>9</sup> Gregor Gysi, Vorsitzender der PDS-Abgeordnetengruppe im Deutschen Bundestag, in: Neues Deutschland vom 13./14. Mai 1995.

<sup>10</sup> Helmut Holter, damals amtierender Arbeits- und Sozialminister und stellvertretender Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, in: ZDF-Morgenmagazin vom 3. November 1998.

<sup>11</sup> Dietmar Bartsch, Bundesgeschäftsführer der PDS, in: Junge Welt vom 30. März 2000.

<sup>12</sup> Rede des Fraktionsvorsitzenden der Linken im Deutschen Bundestag, Oskar Lafontaine, auf dem WASG-Parteitag am 25. März 2007 in Dortmund (autorisierte Mitschrift von Fanny Zeise und Jan Maas).

<sup>13</sup> Schlusswort des Fraktionsvorsitzenden der Linken im Deutschen Bundestag, Gregor Gysi, auf der 3. Tagung des 10. Parteitages der Linkspartei/PDS am 15. Juni 2007 (autorisierte Fassung).

<sup>14</sup> Rede des Linksparteivorsitzenden Oskar Lafontaine auf dem Gründungsparteitag DIE LINKE am 16. Juni 2007 (autorisierte Fassung).



- „Wir wollen eine andere Gesellschaftsordnung, einen demokratischen Sozialismus [...] „DIE LINKE.“ verändert die Republik.“<sup>15</sup>
- „Wir wollen dieses System nicht modifizieren, wir wollen es überwinden.“<sup>16</sup>
- „Das sieht die gesamte Linke so. Wir wollen den Kapitalismus überwinden.“<sup>17</sup>
- „Der Grundwiderspruch des Kapitalismus, zwischen der ausgebeuteten Mehrheit und der ausbeutenden Minderheit, ist nicht wegreformierbar. Deshalb müssen wir das kapitalistische System, das auf Konkurrenz und Ausbeutung fußt, als Ganzes in Frage stellen.“<sup>18</sup>

Diese Aussagen finden ihre Bestätigung im Gründungsdokument der Partei. In ihm wird eindeutig festgelegt, dass die Beteiligung der Linkspartei am demokratischen Willensbildungsprozess Teil ihrer Doppelstrategie zur Überwindung der bestehenden Ordnung ist. Die demokratische Beteiligung soll nur übergangsweise erfolgen und wird durch außerparlamentarische radikale Aktivitäten ergänzt. Die ehemalige sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Dr. Carmen Everts formulierte es in ihrer Doktorarbeit über den Extremismus der PDS aus dem Jahr 1999 wie folgt:

„Ungeachtet pragmatischer Anpassungsbemühungen [...] weist die PDS in ihrem Programm deutlich auf den Übergangscharakter der Anerkennung des Rechtsstaats, der pluralistischen Demokratie und des Marktes hin. [...] Hierbei setzt die PDS auf eine Doppelstrategie, bei der man sowohl Druck von außen auf die Parlamente ausübt wie die eigene Präsenz in den Entscheidungsgremien erhöht.“<sup>19</sup>

Zur Bedeutung der parlamentarischen Arbeit heißt es im Gründungsdokument der Partei:

„Wir werden Bürgerinnen und Bürger gegen Machtbestrebungen der herrschenden Klasse mobilisieren und uns für eine neue Sammlungsbewegung einsetzen. Politische Kämpfe und Wahlen dienen uns dazu, unsere alternativen Reformprojekte zu vertreten und Mehrheiten für ihre Durchsetzung zu gewinnen. Die parlamentarische Arbeit werden wir so gestalten, dass sie der Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Kräften der Linken, der öffentlichen Darstellung eigener Reformvorschläge und dem Einbringen alternativer Gesetze, der

<sup>15</sup> „Wir empfangen täglich Signale“. Interview mit Dietmar Bartsch, in: Berliner Zeitung vom 16. Juli 2007.

<sup>16</sup> Jörg Jungmann, Ende August 2008 mit dem besten Ergebnis als Beisitzer in den Landesvorstand der „Linke“ Hessen gewählt, das Zitat stammt aus seiner Vorstellungsrede auf dem Parteitag in Lollar.

<sup>17</sup> Oskar Lafontaine im Interview mit Spiegel-Online am 13. Mai 2009.

<sup>18</sup> Janine Wissler, „Die besten Reformer“, in: Marx 21, Heft 13 (November 2009).

<sup>19</sup> Carmen Everts, Politischer Extremismus - Theorie und Analyse am Beispiel der Parteien REP und PDS, Berlin 2000, S. 248 ff.

Transparenz politischer Prozesse, der Untersuchung des Missbrauchs politischer Macht, der Entwicklung neuer gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und politischer Mehrheiten dient.“<sup>20</sup>

Mit den Begriffen „herrschende Klasse“ meint „DIE LINKE.“ die gewählten führenden Vertreter unseres demokratischen Rechtsstaates. Diese Kernaussage findet sich auch im Grundsatzprogramm der PDS<sup>21</sup>, das neben dem aktuellen „Gründungsdokument der Partei „DIE LINKE.“ immer noch Gültigkeit hat<sup>22</sup>. Daraus folgt zwingend: „DIE LINKE.“ hat zur bundesdeutschen Demokratie lediglich ein instrumentelles Verhältnis entwickelt. Das zeigt auch eine Umfrage der „Welt“, nach deren Ergebnis bei Anhängern der Linke zwei Drittel aller Befragten "weniger" bis "gar nicht" mit der bundesdeutschen Demokratie zufrieden sind.<sup>23</sup>

Weitere Belege für offen verfassungsfeindliche Forderungen von Mitgliedern der Partei „DIE LINKE.“ ergeben sich aus Veröffentlichungen des innerhalb der Partei gegründeten marxistischen Netzwerks „marx21“. Im gleichnamigen publizistischen Organ des Netzwerks treten diese Tendenzen deutlich zu Tage:

„Mit [...] der neuen bundesweiten Partei „DIE LINKE.“ besteht die Chance, nachhaltig den außerparlamentarischen Kampf mit parlamentarischer Präsenz zu verbinden und die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach links zu rücken.“<sup>24</sup>

„Wir streiten für eine Orientierung auf Klassenkampf und den Aufbau von Gegenmacht. Nach wie vor ist eine parlamentarische Grundausrichtung in der Partei (Anm.: „DIE LINKE.“) weit verbreitet, das heißt, eine Perspektive, die politische Veränderungen durch die Gewinnung parlamentarischer Mehrheiten ansteuert. [...] Wir brauchen Streiks und Massendemonstrationen, um unsere Forderungen durchzusetzen. Im Vorfeld der Bundestagswahlen könnten diese durchaus Wirkung zeigen.“<sup>25</sup>

---

<sup>20</sup> „Programmatische Eckpunkte - Programmatisches Gründungsdokument der Partei Die Linke“, Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei.PDS am 24. und 25. März 2007 in Dortmund, Quelle: [http://die-linke.de/partei/dokumente/programm\\_der\\_partei\\_die\\_linke\\_programmatische\\_eckpunkte/](http://die-linke.de/partei/dokumente/programm_der_partei_die_linke_programmatische_eckpunkte/).

<sup>21</sup> Vgl. Grundsatzprogramm der PDS, beschlossen auf der 2. Tagung des 8. Parteitages am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz, S. 6. Dort heißt es: „Die Linkspartei.PDS steht stets vor der Aufgabe zu sichern, dass ihre Arbeit in Parlamenten und in der Exekutive mit ihren strategischen Zielen übereinstimmt.“

<sup>22</sup> Zitat aus dem Gründungsdokument: „Die Linkspartei.PDS bringt in Übereinstimmung damit ihr historisches Verständnis des demokratischen Sozialismus als Ziel, Weg und Wertesystem und als Einheit von Freiheits- und sozialen Grundrechten ein - niedergelegt in ihrem Chemnitzer Parteiprogramm.“, [http://die-linke.de/fileadmin/download/dokumente/programmatische\\_eckpunkte.pdf](http://die-linke.de/fileadmin/download/dokumente/programmatische_eckpunkte.pdf).

<sup>23</sup> WELT vom 6.Juni 2008:

[http://www.welt.de/politik/article2074034/Vertrauen\\_der\\_Buerger\\_in\\_die\\_Demokratie\\_schwindet.html](http://www.welt.de/politik/article2074034/Vertrauen_der_Buerger_in_die_Demokratie_schwindet.html)).

<sup>24</sup> „marx21“ Nr. 4, Februar 2008, S. 53.

<sup>25</sup> „marx21“ Nr. 6, Juni 2008, S. 28, 30.

Auch führende Mitglieder der Linken in Hessen setzen auf außerparlamentarische Druckmittel zur Abschaffung der freiheitlich demokratischen Grundordnung:

- „Ein wirklicher Politikwechsel wird nur möglich sein, wenn es soziale und politische Kämpfe gibt, wie sie ansatzweise in den Protesten gegen Studiengebühren in Hessen sichtbar geworden sind.“<sup>26</sup>
- „Ich wünsche mir soziale Unruhe, die so aussieht, dass die Leute die Verhältnisse in Frage stellen wie sie heute sind.“<sup>27</sup>

Diese und andere Aussagen belegen, dass es nur folgerichtig ist, wenn sich das Bundesamt für Verfassungsschutz und die Verfassungsschutzorgane der Länder seit mehreren Jahren ausführlich mit den Aktivitäten der Partei „DIE LINKE.“ befassen.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz kommt in seinem Bericht im Jahr 2006 zu folgender Einschätzung:

„Auf der Basis von Programm und Statut wirken nach wie vor offen extremistische Kräfte innerhalb der Partei. Weiterhin arbeitet sie – zum Teil in festen Strukturen – mit in- und ausländischen Linksextremisten zusammen.“<sup>28</sup>

Im Verfassungsschutzbericht 2007 heißt es, die Partei bekenne sich „in ihrer Programmatik weiterhin zu einer extremistischen Ausrichtung“.<sup>29</sup>

Auch der aktuelle Verfassungsschutzbericht 2008 bestätigt diese Tendenzen:

„Die Partei „DIE LINKE.“ bietet auch weiterhin ein ambivalentes Erscheinungsbild. Einerseits setzt die Partei in ihrem Auftreten in der Öffentlichkeit darauf, als reformorientierte, neue linke Kraft wahrgenommen zu werden. Andererseits liegen weiterhin zahlreiche tatsächliche Anhaltspunkte für linksextremistische Bestrebungen der Partei vor. So verfolgen durchaus namhafte Teile der Partei eine politische Umgestaltung der Bundesrepublik Deutschland, die mit entscheidenden Merkmalen eines freiheitlichen demokratischen Staates im Sinne des Grundgesetzes unvereinbar ist. Darüber hinaus lassen Verlautbarungen der Partei insgesamt

---

<sup>26</sup> Ulrike Eifler und Janine Wissler, „Schlimmer als Koch wäre ein Verrat der LINKEN“, 29. August 2008, Quelle: <http://marx21.de/content/view/551/36/>.

<sup>27</sup> Sabine Leidig, Spitzenkandidatin der Partei „Die Linke“ für die Bundestagswahl 2009 im HR-Sommerinterview, 12.9.2009.

<sup>28</sup> Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2006, Berlin 2007, S. 145.

<sup>29</sup> Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2007, Berlin 2008, S. 135.

sowie ihrer offen extremistischen Zusammenschlüsse eine nach den Maßstäben des Grundgesetzes erforderliche Distanzierung von der ehemaligen DDR und der Republik Kuba vermissen und streiten stattdessen für eine Solidarisierung. Eine Analyse der Unterlagen über die praktische Arbeit der Partei ergibt ferner Hinweise für fortbestehende Kontakte zu extremistischen Organisationen im In- und Ausland bzw. deren politische Unterstützung.“<sup>30</sup>

Hier wird die Hessische Fraktionsvorsitzende der Linkspartei, Janine Wissler, im Zusammenhang mit trotzkistischen Bestrebungen in ihrer Partei namentlich erwähnt:

„Entrismus ist die gezielte Unterwanderung anderer, meist konkurrierender Parteien und Vereinigungen mit dem Ziel, dort Einfluss zu gewinnen, die eigene Ideologie zu verbreiten und schließlich die betroffene Organisation für eigene Zwecke zu instrumentalisieren. Insbesondere die Zusammenschlüsse „marx21“ und „Sozialistische Alternative“ (SAV) waren für diese von trotzkistischen Gruppen praktizierte Methode von Bedeutung. Dies betraf vorwiegend die Partei „DIE LINKE.“ (vgl. Nr. 1). Die aktivste trotzkistische Organisation ist das marxistische Netzwerk „marx21“ als deutsche Sektion des internationalen trotzkistischen Dachverbandes „International Socialist Tendency“ (IST) mit Sitz in London. Das Netzwerk entstand aus der trotzkistischen Organisation „Linksruck“ (LR), die sich am 1./2. September 2007 während einer Vollversammlung in Frankfurt am Main formell auflöste, um „marx21“ innerhalb der Partei „DIE LINKE.“ zu gründen. Ideologisch agitieren die Mitglieder jedoch weiterhin im trotzkistischen Sinne innerhalb der „Sozialistischen Linke“ (SL), die sich auf ihrer Mitgliederversammlung am 8./9. Dezember 2007 in Kassel (Hessen) als bundesweiter innerparteilicher Zusammenschluss der Partei „DIE LINKE.“ konstituierte. Ehemalige LR-Mitglieder besetzen herausgehobene Funktionen in der Partei „DIE LINKE.“. So gehören mit Christine Buchholz und Janine Wissler zwei aktive Trotzkistinnen dem Bundesvorstand der Partei an. Auch in weiteren Gliederungen der Partei sind ehemalige LR-Mitglieder vertreten. Als publizistische Plattform dient das Magazin „marx21“. Die dort veröffentlichten Beiträge verdeutlichen die trotzkistische Tendenz des Netzwerkes.“<sup>31</sup>

Auch der Tagesspiegel berichtete, wie sich Funktionäre der trotzkistischen Gruppe „Linksruck“, unter neuem Namen „Marx 21“ in der Linkspartei Einfluss verschafft haben:

„Anders als die Trotzkistengruppe „Sozialistische Alternative“ um die Berlinerin Lucy Redler, die gerade ihre Aufnahme in der Linkspartei durchsetzen will, hat „Linksruck“ alias „Marx 21“ wichtige Posten in der Linkspartei besetzen können. Für den Verfassungsschutz gibt diese Infiltration zusätzliche Hinweise auf linksextremistische Bestrebungen der PDS-Nachfolgepartei – bisher hatte der Geheimdienst vornehmlich die Aktivitäten der Kom-

<sup>30</sup> Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2008, Berlin 2009, S. 169.

<sup>31</sup> Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2008, Berlin 2009, S. 184 f.

unistischen Plattform angeprangert. Inzwischen enthält der Verfassungsschutzbericht mehrere Absätze über ehemalige „Linksruck“-Mitglieder, die an „herausgehobener“ Stelle versuchten, die Linkspartei zu beeinflussen. Verwiesen wird unter anderem auf den Mitarbeiterstab der Bundestagsfraktion.“<sup>32</sup>

Erst kürzlich wurde die Verfassungsfeindlichkeit der Linken auch durch ein Oberverwaltungsgericht bestätigt. Das OVG Münster entschied in seinem Urteil vom 13.02.09, dass die Beobachtung der Linken durch den Verfassungsschutz gerechtfertigt sei. In seinen Leitsätzen führt das Gericht aus:

„1. Spitzenfunktionäre der Partei „DIE LINKE.“, die bereits in der PDS oder der Linkspartei.PDS herausgehobene Funktionen wahrgenommen haben, dürfen durch das Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet werden.

a) Es liegen tatsächliche Anhaltspunkte vor, dass „DIE LINKE.“ jeweils im Bezug auf bedeutende Kräfte in der Partei darauf gerichtet ist, zentrale Verfassungswerte wie die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition, die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung sowie das Recht auf allgemeine und gleiche Wahlen zu beseitigen oder außer Kraft zu setzen.

b) Die Kommunistische Plattform, das Marxistische Forum und die Linksjugend [ `solid] sind auch nach der Verschmelzung der Linkspartei.PDS mit der WASG aktive Organisationen von Bedeutung für „DIE LINKE.“. Es gibt Hinweise, dass diese Parteiorganisationen weiterhin die – verfassungswiderige – Diktatur des Proletariats im klassisch marxistisch-leninistischen Sinne anstreben.

c) Anzeichen für eine mangelnde Verfassungstreue der Partei „DIE LINKE.“ ergeben sich darüber hinaus aus Erklärungen von führenden Parteimitgliedern sowie bedeutenden Parteiorganisationen zur DDR und zu Kuba sowie aus der Zusammenarbeit der Partei mit linksextremistischen Organisationen (im Inland etwa mit der DKP).

d) Es gibt auch Anhaltspunkte für aktuelle Aktivitäten in der Partei „DIE LINKE.“, die mit zentralen Verfassungswerten nicht vereinbaren Ziele durchzusetzen.

2. Ob ein Spitzenfunktionär der Partei „DIE LINKE.“, der zugleich Abgeordneter der Deutschen Bundestages oder eines Landesparlaments ist, durch den Verfassungsschutz beobachtet werden darf, kann nur in jedem Einzelfall entschieden werden. Das freie Mandat steht der Beobachtung nicht von vornherein entgegen. Die Beobachtung bedarf auch keiner speziellen Regelung über das Bundesverfassungsschutzgesetz hinaus.“<sup>33</sup>

---

<sup>32</sup> „Marx oder Murx“ von Matthias Meisner, Tagesspiegel vom 21.12.2008.

<sup>33</sup> Urteil des OVG Münster vom 13.02.09, Aktenzeichen 16 A 845/08 (nicht rechtskräftig), zitiert nach NVwZ-RR 20/2009, S. 828.

Damit hat auch das höchste Verwaltungsgericht eines Bundeslandes anerkannt und bestätigt, dass „DIE LINKE.“ verfassungsfeindliche Ziele verfolgt und daher vom Verfassungsschutz unter Beobachtung zu halten ist. Die Behauptungen führender Vertreter der Linken, die Partei sei rechtsstaatlich und nicht verfassungsfeindlich, sind somit auch richterlich widerlegt. Alle Anzeichen sprechen dafür und beweisen, dass „DIE LINKE.“ Ziele verfolgt, die mit der Verfassung nicht zu vereinbaren sind.

Aus diesem Grund lehnt „DIE LINKE.“ auch den Verfassungsschutz als Staatsorgan ab. In NRW fordert „DIE LINKE.“ in Ihrem Wahlprogramm:

„Die Auflösung des Landesamtes für Verfassungsschutz. [...] Der Verfassungsschutz agiert als Instrument der bürgerlichen Parteien zur Kontrolle und weiteren Diffamierung der linken Opposition.“<sup>34</sup>

In Hessen fordern die Linken ebenfalls eine Abschaffung des Landesamtes für Verfassungsschutz. Der Fraktionsvorsitzende der Linken Willi van Ooyen antwortete in einem Interview mit der WELT auf die Frage, ob er den Verfassungsschutz abschaffen würde:

„Ja, ich würde alle Geheimdienste abschaffen. Mit deren Hilfe soll doch lediglich eine bestimmte Denkrichtung durchgesetzt werden. Wir verlangen schon, unsere Bespitzelung durch den Verfassungsschutz sofort einzustellen. Bespitzelung und Denkverbote sind etwas Irrationales in einer Demokratie.“<sup>35</sup>

Auch im Hessischen Landtag macht van Ooyen deutlich:

„Der Verfassungsschutz gehört abgeschafft.“<sup>36</sup>

Alternativ fordert die Fraktion „DIE LINKE.“ im Hessischen Landtag jedenfalls die Kürzung der notwendigen Mittel für die Arbeit des Verfassungsschutzes. In einer Pressemitteilung zu den Haushaltsberatungen im November 2009 wird unter der Überschrift „Einsparungen“ aufgeführt:

„Kürzung Verfassungsschutz auf Ist 2006: - 3,16 Mio. Euro“<sup>37</sup>

---

<sup>34</sup> Wahlprogramm der Partei „DIE LINKE.“ in Nordrhein-Westfalen: „Original sozial“, S. 42 f.

<sup>35</sup> Willi van Ooyen im Interview mit WELT-ONLINE am 6. März 2008.

<sup>36</sup> Willi van Ooyen im Hessischen Landtag am 18. Februar 2009, Drucksache 18/2, S. 79.

Das oben genannte Urteil des OVG Münster und die Vielzahl entlarvender Aussagen der Linken belegen: Eine demokratische Wahl macht die Partei „DIE LINKE.“ noch nicht zu einer demokratischen Partei!

## 2. Sozialismus – das zentrale Ziel der Linken

Das taktische und strategische Ziel der Partei „DIE LINKE.“ ist die Einführung des Sozialismus. Im Mittelpunkt steht die Abschaffung der marktwirtschaftlichen Ordnung. Diese wird von der Partei klassenkämpferisch als „kapitalistisches System“ diskreditiert und der „demokratische Sozialismus“ als die bessere Alternative angepriesen. Dreh- und Angelpunkt des von den Linken vertretenen Sozialismus ist die Frage nach einer gerechten Verteilung aller materiellen Güter. Unter „Gerechtigkeit“ versteht die Linkspartei die möglichst gleiche Verteilung an alle, unabhängig davon, wer diese Güter erwirtschaftet. So legt sie in ihrem Gründungsdokument fest:

„Notwendig ist die Überwindung aller Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse, „in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (Karl Marx).“

Erstes großes Ziel der Linken ist die „Vergesellschaftung“ privaten Eigentums. Dies bedeutet im Klartext Enteignung. Dieses Ziel wird zum Beispiel offen im Programm der Linken für die Landtagswahl 2010 in Nordrhein-Westfalen propagiert. Dort heißt es:

- „[...] die Energiekonzerne – in NRW RWE und E.ON – müssen vergesellschaftet werden, ihre Netze gehören in öffentliches und demokratisch kontrolliertes Eigentum. [...] Energie und Wasserversorgung, Gesundheits- und Bildungswesen, sozialer Wohnungsbau und Abfallwirtschaft, öffentlicher Personennahverkehr und kulturelle Einrichtungen sollen uns allen gehören.“<sup>38</sup>

---

<sup>37</sup> Pressemitteilung des Fraktionsvorsitzenden Willi van Ooyen vom 12.11.2009 „Landeshaushalt: Es gibt Alternativen zu schwarz-gelben Spar- und Streichkonzerten und einer unsozialen Umverteilungspolitik zugunsten von Vermögenden“.

<sup>38</sup> Wahlprogramm DIE LINKE. Nordrhein-Westfalen – Landtagswahl 2010, S. 4, 21.

- „Damit nicht wieder einzelne über das Schicksal aller entscheiden, setzt „DIE LINKE.“ NRW auf mehr Wirtschaftsdemokratie und Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien.“<sup>39</sup>
- „Das Privateigentum an Grund und Boden [...] ist eines der zentralen Hindernisse für eine soziale, ökologische und demokratische Entwicklung in Stadt und Land.“<sup>40</sup>

Diese Forderungen widersprechen der Eigentumsgarantie des Art.14 GG und damit einem grundlegenden Verfassungsprinzip, welches eine freiheitliche Wirtschaftsordnung erst möglich macht.

Die Linken lassen bei Ihren Äußerungen nicht selten bewusst offen, in welchem Ausmaß und in welcher Form sie Enteignungen vornehmen wollen. Ihre Festlegungen sind derart weit gefasst, dass sich darunter so gut wie alles subsumieren lässt. So heißt es im für „DIE LINKE.“ immer noch gültigen Grundsatzprogramm der Partei PDS:<sup>41</sup>

„Wir halten an der [...] Vergesellschaftung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln und ihrer Überführung in Gemeineigentum oder andere Formen der Gemeinwirtschaft fest“<sup>42</sup>

Und auch in den Gründungsdokumenten der Linkspartei kommen die umfassenden Verstaatlichungspläne der Partei zum Ausdruck:

„Wir streben die Demokratisierung der Verfügungsgewalt über alle Formen von Wirtschaftsmacht an [...] Die Demokratisierung der Wirtschaft erfordert, die Verfügungsgewalt über alle Formen des Eigentums sozialen Maßstäben unterzuordnen.“<sup>43</sup>

Relativ konkret wurde die Partei bereits in ihrem Bundestagswahlprogramm 2005, an dessen Substanz noch immer festgehalten wird.

„Die Versorgung der Menschen mit Wasser und Strom, die Müll- und Abwasserentsorgung, der öffentliche Personenverkehr, Post- und Telekommunikation, kulturelle Leistungen, Gesundheitsdienste, Angebote zur sportlichen Selbstbetätigung und das Bildungswesen sind

<sup>39</sup> Wahlprogramm DIE LINKE. Nordrhein-Westfalen – Landtagswahl 2010, Seite 8.

<sup>40</sup> Wahlprogramm DIE LINKE. Nordrhein-Westfalen – Landtagswahl 2010, Seite 16.

<sup>41</sup> Vgl. [http://die-linke.de/fileadmin/download/dokumente/programmatische\\_eckpunkte.pdf](http://die-linke.de/fileadmin/download/dokumente/programmatische_eckpunkte.pdf).

<sup>42</sup> Grundsatzprogramm der PDS, beschlossen auf der 2. Tagung des 8. Parteitages am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz, S. 7.

<sup>43</sup> Programmatische Eckpunkte – Programmatisches Gründungsdokument der Partei DIE LINKE, Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei am 24./25. März 2007 in Dortmund.



Leistungen, die [...] nicht der privaten Konkurrenz unterworfen werden [dürfen]. Vor allem Bildung, Kultur und Gesundheit dürfen nicht zu Waren degradiert werden.“<sup>44</sup>

Diese Forderungen wurden auch im Bundestagswahlprogramm 2009 aufgegriffen. Danach wird praktisch kein Lebensbereich mehr der privaten Regelung überlassen:

„DIE LINKE.“ fordert: die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen beenden [...] die elementare Daseinsvorsorge wie Gesundheitsdienste, Wohnungen, Bildung, Jugendhilfe, Kultur, Energie, Wasser, Busse, Bahnen und Abfallentsorgung in öffentlicher Hand oder gemeinnütziger Trägerschaft organisieren; den öffentlichen Dienst und die öffentlichen Unternehmen am gesellschaftlichen Bedarf orientieren und in diesem Sinne weiterentwickeln; privatisierte Bereiche der Daseinsvorsorge rekommunalisieren [...]“<sup>45</sup>

Auch die freien Medien sollen nach dem Willen der Linkspartei verstaatlicht werden. Ihre Unabhängigkeit ist der Partei seit langem ein Dorn im Auge. So forderte die PDS bereits 1993, dass „der Einfluss der Medienkonzerne eingeschränkt, die Privatisierung öffentlicher Medien gestoppt ... wird“.<sup>46</sup> Diese Position hat sich inzwischen auch Lafontaine zueigen gemacht, als er 2005 seine Pläne für die Zukunft der Medienlandschaft offenbarte:

„Die Überführung der Privatsender in öffentlich-rechtliche Trägerschaft wäre mein Herzenswunsch. [...] Ein Fortschritt wäre schon eine Regulierung dergestalt, dass der Gesetzgeber fernsehfremde Tage einführt.“<sup>47</sup>

Diese Position bekräftigte er nochmals:

„Wir brauchen ... eine Demokratisierung der Medien... Eine freie Presse kann nicht in der Hand der Wirtschaft sein.“<sup>48</sup>

Damit stellt sich „DIE LINKE.“ gegen das Prinzip der Pressefreiheit.

---

<sup>44</sup> Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005, Beschluss der 2. Tagung des 9. Parteitag, Berlin, 27. August 2005.

<sup>45</sup> „Konsequent sozial. Für Demokratie und Frieden. Bundestagswahlprogramm 2009 Die Linke.“, S. 32.

<sup>46</sup> Grundsatzprogramm der PDS, beschlossen auf dem 3. Parteitag 29.-31. Januar 1993.

<sup>47</sup> Oskar Lafontaine, in: Junge Welt vom 15. November 2005.

<sup>48</sup> Oskar Lafontaine, Bundestagsfraktionsvorsitzenden der Linken, im Rahmen einer öffentlichen Anhörung der Bundestagsfraktion der Linkspartei in Bad Doberan am 3. Juni 2007.

### 3. Populismus – die teuren Forderungen der Linken

Das Ziel der Einführung des Sozialismus wird von der Linken nicht immer offen benannt, sondern oft durch populistische Forderungen verschleiert. „DIE LINKE.“ suggerieren einfache Lösungen – z.B.: „Reichtum für alle!“ oder „Weg mit Hartz IV“. Einige Plakate der Linken aus dem Bundestagswahlkampf belegen, dass die Linken auf vereinfachte und sachlich reduzierte Botschaften setzen: <sup>49</sup>



Ein Konzept zur Lösung der dahinter stehenden Probleme ist damit nicht verbunden. „DIE LINKE.“ hat viele Wahlversprechen gemacht, deren Einhaltung erhebliche Kosten verursachen würde, und wiederholt erklärt, für sie wäre „ein Haushalt dann ausgeglichen, wenn er für den sozialen Ausgleich“ Sorge. <sup>50</sup> Eine erhebliche Erhöhung der Verschuldung würde „DIE LINKE.“ für die Realisierung ihrer Projekte billigend in Kauf nehmen.

„Das [Anm. eine Reihe sozialpolitischer Ziele der Linken] hat für uns eindeutig Priorität vor einem schuldenfreien Haushalt. Wir wollen ganz bewusst kreditfinanzierte Investitionen, um die Lebensbedingungen der Menschen hier im Land zu verbessern - und zwar jetzt.“<sup>51</sup>

<sup>49</sup> Die Slogans wurden im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2009 bundesweit plakatiert.

<sup>50</sup> „Die Linke – Ein Politikwechsel muss sich an seinen Inhalten festmachen.“ Vom 9. September 2008, Quelle: [www.die-linke-hessen.de](http://www.die-linke-hessen.de).

<sup>51</sup> Ulrich Wilken im Spiegel am 31.08.08, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/debatte/0,1518,575444,00.html>.

Über die Kosten der Forderungen machen sie sich keine Gedanken. Die Umwandlung aller Ein-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung durch ein Landesprogramm, das geforderte landesweite Beschäftigungsprogramm, die völlige Gebührenfreiheit von der Kita bis zum Studium und eine Initiative, die jedem eine staatlich geförderte Lehrstelle garantieren soll, sowie eine jährliche Investition von einer Milliarde aus Landesmitteln, um Arbeitsplätze zu schaffen, fordern die Linken in ihrem Wahlprogramm.<sup>52</sup> Zu diesen verlockend klingenden Forderungen halten sie schlicht fest:

„Diese Sofortmaßnahmen kosten Geld.“<sup>53</sup>

Zur Finanzierung hat die Parteivorsitzende Eifler einen Vorschlag gemacht:

„Der Politikwechsel braucht Geld, und wer kein Geld hat, muss es sich leihen.“<sup>54</sup>

Dass „DIE LINKE.“ trotz der Kenntnis der Unfinanzierbarkeit dieser Forderungen von ihnen nicht ablässt, zeigt den ungebremsten Populismus dieser Partei.

---

<sup>52</sup> Wahlprogramm Hessen sozial 2009, S. 11-13.

<sup>53</sup> Wahlprogramm Hessen sozial 2009, S. 13.

<sup>54</sup> Ulrike Eifler am 12. Oktober 2008, zitiert nach: <http://www.tagesspiegel.de/politik/art771,2634298>.

## Teil B „DIE LINKE.“ Hessen

### I. Allgemeine Parteiarbeit

Die Parteiarbeit der Linken in Hessen ist nicht frei von Skandalen. Die massiven, zum Teil auch persönlichen Angriffe auf den politischen Gegner dokumentieren eine für den demokratischen Diskurs fragliche Einstellung. Dass persönliche Diffamierungen für die Linken ein Stilelement des Wahlkampfes sind, belegen folgende Wahlkampf-Zitate von Vertretern der Linkspartei in Hessen:

- „Seine [Anm. Roland Kochs] Kampagne fördert den Rechtsextremismus. Mit der Erklärung, er spreche nur aus, was die schweigende Mehrheit denke, spielt Koch den Biedermann; in Wirklichkeit ist er der Brandstifter“.<sup>55</sup>
- „Koch hat seine Blockflötenvergangenheit nicht im Griff“.<sup>56</sup>
- „Er [Anm. Koch] ist ein gesellschaftlicher Spalter und Brandstifter.“<sup>57</sup>
- [Anm.: Koch ist] „zentral mitverantwortlich für den Krieg in Afghanistan“<sup>58</sup>
- [Anm.: Koch ist ein] „Schreibtischtäter und ein schießwütiger Gewalttäter“<sup>59</sup>.
- „Je schießwütiger ich mich aufstelle, desto mehr Gewalt produziere ich - das gilt auch für Kochs Innenpolitik. Was sich bei der Polizei entwickelt, geht schon in die Richtung eines Blockwartsystems.“<sup>60</sup>
- „Die hessische CDU hat immer wieder dafür gesorgt, dass sich rechtes Gedanken-gut in der sogenannten „Mitte“ der Gesellschaft verfestigt. Der neue Hessische Landtag und Ministerpräsident Koch (CDU) persönlich sollten sich hiervon deutlich distanzieren.“<sup>61</sup>

Auch die Haltung zu den vier SPD Landtagsabgeordneten, die in Ausübung ihres grundrechtlich geschützten freien Mandats eine Regierungsbildung von SPD und Grünen unter

---

<sup>55</sup> Willi van Ooyen in einer Pressemitteilung am 3. Januar 2008, abrufbar unter: <http://www.linksfraktion-hessen.de/cms/presse/pressemitteilungen/pressearchiv/173-die-linke-hessen-roland-koch--der-biedermann-als-brandstifter.html>.

<sup>56</sup> Oskar Lafontaine in einer Rede in Frankfurt am 1. Dezember 2008.

<sup>57</sup> Willi van Ooyen am 12. Januar 2009, zitiert nach: <http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/Hessen-CDU-Roland-Koch;art122,2454955>.

<sup>58</sup> Willi van Ooyen am 12. Januar 2009, zitiert nach: <http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/Hessen-CDU-Roland-Koch;art122,2454955>.

<sup>59</sup> Willi van Ooyen am 27. September 2008, zitiert nach: <http://www.bild.de/BILD/news/politik/2008/09/25/eklat-im-hessischen-landtag/linken-fraktionschef-willy-van-ooyen-wirft-cdu-schiesswuetigkeit-vor.html>.

<sup>60</sup> Willi van Ooyen im Darmstädter Echo am 05. Dezember 2007.

<sup>61</sup> Herman Schaus am 19. März 2009, zitiert nach: <http://www.migazin.de/2009/03/19/nach-der-studie-ueber-jugendgewalt-roland-koch-und-joachim-herrmann-unter-beschuss/>.

Tolerierung der Partei „DIE LINKE.“ verhinderten, zeugt von keinem guten Stil. Dies zeigt schon die erste Reaktion des damaligen Landtagsvizepräsidenten und Mitglieds der Fraktion „DIE LINKE.“, Hermann Schaus:

„Solche hinterlistigen Schweine.“<sup>62</sup>

Für diese verbale Entgleisung wurde er durch den Landtagspräsidenten zur Ordnung gerufen und offiziell gerügt:

„Ich beurteile Ihre Aussage, zumal Sie Vizepräsident des Hessischen Landtags sind, als inakzeptabel. [...] In dieser Situation ist fraglich für mich, wie Sie dieses Haus weiterhin als Vizepräsident nach außen und innen vertreten können.“<sup>63</sup>

Zur Zielscheibe von Vorgehensweisen, die dem demokratischen Konsens zuwiderlaufen, wurden aber auch Mitglieder der eigenen Partei „DIE LINKE.“. Anfang des Jahres 2009 führte dies zu einer Reihe von Parteiaustritten. Den Anfang machte der Ortsverband der Linken in Baunatal, der sich nach einem Bericht des Spiegels praktisch komplett auflöste.<sup>64</sup> Der Ortsvereinsvorsitzende Bernd Heinicke und sein Stellvertreter beklagten „fehlende Basisdemokratie, Mobbing von Mitgliedern sowie elitäre Kaderbildung“ in ihrer Partei. Neben ihnen erklärten noch 29 weitere nordhessische Mitglieder zum 31. Dezember 2008 aus ähnlichen Gründen ihren Parteiaustritt. Fortgesetzt wurde diese Austrittswelle durch einen prominenten Vertreter: Am 6. Januar 2009 begründete der ehemalige Spitzenkandidat der Linken in Hessen, Pit Metz, seinen Austritt folgendermaßen:

„Missgunst, Misstrauen, Unterstellung fragwürdiger Motive, Ellenbogenreaktionen auf vermeintliche oder wirkliche innerparteiliche Gegner, üble Nachreden, Verschwörungstheorien, Anfertigungen von Dossiers, "Bewegungsprotokolle", Fragekataloge wie in einem Verhör eines Verbrechers, Dutzende von e-mail-Schlachten, Aufforderungen, den Psychotherapeuten oder wahlweise den Neurologen aufzusuchen, Anzeigedrohungen, Nachtreereien, Lügen, das Unterstellen von Lügen, persönliche Verantwortungslosigkeit, Unzuver-

---

<sup>62</sup> Ulrich Wilken am 5. November 2008, zitiert nach: [http://www.bild.de/BILD/news/politik/2008/11/05/hinterlistige-schweine/hermann-schaus-landtagsvizepr\\_C3\\_A4sident-beschimpft-die-aufrechten-vier.html](http://www.bild.de/BILD/news/politik/2008/11/05/hinterlistige-schweine/hermann-schaus-landtagsvizepr_C3_A4sident-beschimpft-die-aufrechten-vier.html).

<sup>63</sup> Norbert Kartmann am 4. November 2008, zitiert nach: <http://www.faz.net/>.

<sup>64</sup> Bericht des Spiegels vom 4.1.2009 „Mitgliederschwund in Hessen“, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,599273,00.html>.

lässigkeiten, Beschimpfungen u.v.m. kurzum: ein Panorama des Elends prägt – je nach Gegebenheit konkreter Umstände – meines Erachtens die innerparteiliche Situation.“<sup>65</sup>

Das Landesvorstandsmitglied der hessischen Linken, Martina Walter, erlebte ähnliche Situationen und zog am 12. Januar 2009 mit dem Austritt ihre Konsequenzen:

„Fehlende Basisdemokratie, fehlende politische Arbeit des Kreisvorstands Kassel-Land, interne unterschiedliche E-Mail-Verteiler, in dem die 'Bewegungsprotokolle' von Parteimitgliedern umhergesandt werden und persönliche Anfeindungen sind unter anderem Punkte dafür, dass ich austrete.“<sup>66</sup>

Der Linken-Stadtverordnete aus Rosbach, Helke Welker, bestätigte die innerparteilichen Verhältnisse der Partei „DIE LINKE.“ am selben Tag:

"Der Einzelne, sei er Mitglied oder nicht, wird nicht als aufgeklärter, für sich selbst denkender Mensch wahrgenommen. Die Partei erwartet von dem Mitglied blinden Gehorsam, von den WählerInnen, dass sie den ausgerufenen Parolen Glauben schenken und der Partei daher ihre Stimme geben. Dies kann ich nicht mit meinem Glauben an aufrichtige ehrliche Politik in Einklang bringen.“<sup>67</sup>

Dass bei den Linken Anspruch und Wirklichkeit oftmals auseinander klaffen, wurde durch Recherchen der Süddeutschen Zeitung im Dezember 2008<sup>68</sup> erneut deutlich: Marjana Schott, damals parlamentarische Geschäftsführerin der Linken im Hessischen Landtag, beschäftigte mit dem ihr als Abgeordnete für die Besetzung einer Stelle zur Verfügung stehenden Geld vier Mitarbeiter gleichzeitig. Einer ihrer Mitarbeiter arbeitete auf Basis einer halben Stelle, die anderen drei jeweils auf Basis einer Sechstelstelle. Diese verdienten somit nur 514 Euro im Monat und arbeiteten dafür offiziell 6,4 Stunden in der Woche. Einer der drei Mitarbeiter bestätigte der SZ auf Anfrage, zusätzlich Hartz IV zu beziehen; die beiden anderen wollten sich hierzu nicht äußern. Schott verweigerte ebenfalls eine Stellungnahme.

---

<sup>65</sup> Pit Metz am 6.1.2009, zitiert nach [http://www.fr-online.de/in\\_und\\_ausland/politik/aktuell/1655407\\_Im-Wortlaut.html](http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/1655407_Im-Wortlaut.html).

<sup>66</sup> Martnia Walter am 12.1.2009, zitiert nach: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,600791,00.html>.

<sup>67</sup> Helge Welker am 12.1.2009, zitiert nach: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,600791,00.html>.

<sup>68</sup> Bericht von Christoph Hickmann in der Süddeutschen Zeitung vom 11.12.2008, abrufbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/425/451140/text/>.

Die Landesvorsitzende der Partei „DIE LINKE.“, Ulrike Eifler, sagt dazu:

„Was Marjana Schott da geschaffen hat, sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Es darf keinen Widerspruch zwischen dem eigenen politischen Anspruch und dem Handeln in der Praxis geben.“<sup>69</sup>

Neben diesen skandalträchtigen Vorgängen, wird die Parteilarbeit der Linken in Hessen besonders gut an Hand der Ereignisse auf den unterschiedlichen Parteitag belegt.

## II. Parteitag am 11. Oktober 2008 in Friedberg

Am 11. Oktober 2008 fand in Friedberg ein außerordentlicher Parteitag der Linken statt. Hier sollte die Tolerierung der rot-grünen Minderheitsregierung durch einen Parteitagsbeschluss manifestiert werden. „DIE LINKE.“ verabschiedete mit breiter Mehrheit eine Erklärung, in der sie ihre Forderungen an die potentielle Minderheitsregierung und die Bedingungen für eine Tolerierung deutlich macht. Darin heißt es:<sup>70</sup>

„Die hessische LINKE hat die grundsätzliche Bereitschaft von SPD und Grünen zur Kenntnis genommen, eine Regierung zu bilden, die bei einer Unterstützung durch die LINKE über eine parlamentarische Mehrheit verfügen würde. Entsprechend dem Auftrag der Wählerinnen und Wähler und in dem Willen, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern und Schritte in Richtung einer solidarischen Gesellschaft mit demokratischer Teilhabe, gleichen Bildungschancen und sozialer Sicherung für Alle einzuleiten, erklärt die hessische LINKE: [...] Die LINKE geht nach Gesprächen mit SPD und Grünen davon aus, dass die neue Regierung folgende zentrale Punkte des Politikwechsels in ihr Regierungsprogramm aufnimmt:

[...] Reform und Ausbau des Schulwesens mit dem Ziel der Herstellung gleicher Bildungschancen und einer optimalen Förderung eines jeden Kindes. Diesem Ziel sollen insbesondere dienen: Flächendeckendes Angebot und Förderung von längerem gemeinsamen Lernen bis zum 10. Schuljahr

[...] Durchsetzung eines generellen Nachtflugverbotes am Flughafen Frankfurt. Den Ausbau des Frankfurter Flughafens lehnt DIE LINKE nach wie vor aus ökologischen und ökonomischen Gründen ab.

[...] Die LINKE geht davon aus, dass sich die oben beschriebenen Maßnahmen des Politikwechsels auch im Haushalt widerspiegeln und dabei die Umverteilung zugunsten benachtei-

---

<sup>69</sup> Ulrike Eifler am 11.12.2008, zitiert nach <http://www.sueddeutsche.de/politik/425/451140/text/>.

<sup>70</sup> Zitiert aus der Erklärung der Partei und Landtagsfraktion „DIE LINKE.“ Hessen zur Unterstützung einer Rot-Grünen Regierung vom 11. Oktober 2008, abrufbar unter: [http://www.die-linke-hessen.de/lv15/service-inhalt/downloads/doc\\_download/78-erklaerung-zur-unterstuetzung-einer-rot-gruenen-regierung](http://www.die-linke-hessen.de/lv15/service-inhalt/downloads/doc_download/78-erklaerung-zur-unterstuetzung-einer-rot-gruenen-regierung).

ligter Menschen, die Stabilisierung regulärer Beschäftigungsverhältnisse und die Steigerung der öffentlichen Investitionen in die öffentliche Infrastruktur sowie im Bildungs-, Umwelt- und Sozialbereich ein besonderes Gewicht erhalten. Die LINKE erwartet, dass dabei die Einnahmengerechtigkeit und der gesellschaftliche Reichtum thematisiert werden, um mittel- und langfristige Finanzierungsmöglichkeiten aufzuzeigen (z.B. Vermögensteuer Unternehmensbesteuerung, Reform der Erbschaftssteuer).

[...] Soweit keine Vereinbarungen nach den vorstehenden Ziffern getroffen wurden, behält sich die LINKE vor, eigene Anträge im Landtag zu stellen. [...] Das gilt auch hinsichtlich der strittigen Flughafenprojekte Frankfurt und Calden. Die LINKE lehnt diese Projekte nach wie vor ab.

Eine stärkere Belastung der Leistungsträger der Gesellschaft, die Verhinderung des Ausbaus der Flughäfen in Frankfurt und Kassel-Calden und die Zwangseinheitsschule waren keine Empfehlung an die rot-grüne Regierung, sondern Bedingung für den angestrebten Regierungswechsel. Dies wird in den Reden auf dem Parteitag sehr deutlich. Der Fraktionsvorsitzende der Partei „DIE LINKE.“ im Bundestag, Gregor Gysi, mahnte zu dieser Frage in seinem Gastbeitrag zum Parteitag an:

„Wir müssen jetzt fordern (...) um die Gesellschaft real zu verändern!“<sup>71</sup>

„Unsere Handschrift muss deutlich werden“<sup>72</sup>

Noch deutlicher wurde die Landesvorsitzende Eifler, die bei den Mitgliedern für die Tolerierung und die Stärkung des Einflusses der Linken warb:

„Wir werden SPD und Grünen ganz genau auf die Finger schauen.“<sup>73</sup> Und: „Sie [Anm. eine mögliche Minderheitsregierung aus SPD und Grünen] muss Angst vor uns haben!“<sup>74</sup>

Die Linken waren entschlossen, die sich Ihnen eröffnende Machtposition zu nutzen. Eine Tolerierung hätte bedeutet, dass Gesetze nur mit ihrer Zustimmung hätten verabschiedet werden können.

---

<sup>71</sup> Gregor Gysi in seiner Rede auf dem Parteitag am 11. Oktober 2008, zitiert nach: FAZ vom 12.10.2008.

<sup>72</sup> Gregor Gysi in seiner Rede auf dem Parteitag am 11. Oktober 2008, zitiert nach: [www.n-tv.de/1036515.html](http://www.n-tv.de/1036515.html).

<sup>73</sup> Ulrike Eifler in ihrer Rede auf dem Parteitag am 11. Oktober 2008, zitiert nach: FAZ vom 12.10.2008.

<sup>74</sup> Ulrike Eifler in ihrer Rede auf dem Parteitag am 11. Oktober 2008, zitiert nach: [www.focus.de/politik/deutschland/hessen\\_linke\\_gibt\\_gruenes\\_licht\\_fuer\\_rot\\_gruene\\_minderheitsregierung\\_aid\\_339907.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/hessen_linke_gibt_gruenes_licht_fuer_rot_gruene_minderheitsregierung_aid_339907.html).



In der medialen Nachbereitung des Parteitages äußerte sich die Fraktionsvorsitzende Wissler gegenüber dem Spiegel. Auf die Feststellung, von der hessischen Linken sei doch wohl keine Revolution zu erwarten, antwortete sie:

„Das wollen wir erst einmal sehen.“<sup>75</sup>

Dass man sich zur Durchsetzung der eigenen Ziele nicht auf den parlamentarischen Weg beschränken, sondern auch den außerparlamentarischen Protest verstärken will, betonte die Vorsitzende Eifler:

„Wir werden, wenn nötig, die Bewegungen außerhalb des Parlaments aufbauen, um den Druck auf die künftige Landesregierung zu erhöhen“<sup>76</sup>

Was diese Einstellung für den parlamentarischen Prozess und den Umgang mit politischen Gegnern bedeutet, führte Gregor Gysi in seiner Rede aus:

„Wir haben unsere Gegner. Wir haben auch Feinde. Die müssen mit allen Mitteln bekämpft werden. Aber das wisst ihr.“<sup>77</sup>

### III. Parteitag am 29. und 30. November 2008 in Flörsheim

Nach dem Scheitern der Rot-Grünen Minderheitsregierung wurden in Hessen Neuwahlen zum Landtag erforderlich. Zur Vorbereitung der Wahl am 18. Januar 2009 fand am 29. und 30. November 2008 in Flörsheim ein außerordentlicher Parteitag der hessischen Linken statt. Hier wurde unter anderem die Landesliste für die Neuwahl festgelegt.

Als es zu einer Reihe von Kampfkandidaturen um die vorderen Listenplätze kam, folgten „Tumult“ und „ein kurzes Handgemenge“<sup>78</sup>. Daraufhin rief Gregor Gysi, Fraktionsvorsitzender der Linken im Bundestag, seine Parteifreunde zur Ruhe auf und fügte hinzu:

„Ein bisschen Demokratie ist ja ok.“<sup>79</sup>

---

<sup>75</sup> Janine Wissler, zitiert nach: FAZ vom 12.10.2008.

<sup>76</sup> Rede der Landesvorsitzenden Ulrike Eifler in Bad Homburg am 11. Oktober 2008.

<sup>77</sup> Rede des Bundesvorsitzenden Gregor Gysi in Bad Homburg am 11. Oktober 2008.

<sup>78</sup> Berichterstattung durch Christoph Hickmann in der Süddeutschen Zeitung vom 1. Dezember 2008, abrufbar unter <http://www.sueddeutsche.de/politik/82/449806/text/>.

<sup>79</sup> Gregor Gysi auf dem Parteitag der Linken in Flörsheim am 18. Januar 2009, zitiert nach <http://www.sueddeutsche.de/politik/82/449806/text/>.

Neben der Landesliste wurde auf dem Parteitag auch ein Wahlprogramm für die notwendig gewordene Neuwahl zum Hessischen Landtag im Januar 2009 verabschiedet. Das beschlossene Programm war mit dem Wahlprogramm für die Landtagswahl 2008 weitgehend identisch. In der Präambel hielten die Linken dezidiert fest, wie sie zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung Deutschlands und dem damit untrennbar verbundenen System der Sozialen Marktwirtschaft stehen:

„Dem kapitalistischen System [...] hält „DIE LINKE.“ die Idee eines demokratischen Sozialismus entgegen. Wir streben eine andere Gesellschaftsform an.“<sup>80</sup>

Das Wahlprogramm enthält eine Reihe von Forderungen, die grundlegende rechtsstaatliche Prinzipien in Frage stellen. Zentrales Ziel ist die Verstaatlichung großer Wirtschaftsbereiche durch Enteignung von Großaktionären und damit die Abkehr von der in Art. 14 GG verbürgten Eigentumsgarantie:

„Die Linke fordert die Preisaufsicht der Bundesländer über Strom-, Wasser- und Gasstarife; [...] Die Rekommunalisierung privatisierter Stadtwerke und [...] die Rückführung der Energiekonzerne in öffentliches Eigentum.“<sup>81</sup>

„[Wir wollen die] Telekom-Privatisierung rückgängig machen. Die Privatisierung war ein Irrweg. Sie kann und muss wieder rückgängig gemacht werden. [...] Die in Privatbesitz befindlichen Aktien müssen wieder in Bundesbesitz überführt werden. Volle Entschädigung sollte es grundsätzlich nur für Kleinaktionäre geben.“<sup>82</sup>

Zur Eindämmung des Klimawandels fordert „DIE LINKE.“:

„Verharmlosend wird von Vertretern der herrschenden Klasse und von den ihrem Einfluss unterliegenden Medien und von dafür honorierten Wissenschaftlern der Versuch unternommen, statt von einer Klimakatastrophe entschärfend vom Klimawandel zu sprechen. [...]

DIE LINKE ist

- gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens,
- gegen einen weiteren Ausbau von Regionalflughäfen wie Kassel-Calden,

---

<sup>80</sup> Wahlprogramm „Hessen sozial“ der Partei „DIE LINKE.“ zur Landtagswahl in Hessen am 18. Januar 2009, Präambel, S. 1, Zeile 51 f.

<sup>81</sup> Wahlprogramm „Hessen sozial“ der Partei „DIE LINKE.“ zur Landtagswahl in Hessen am 18. Januar 2009, S. 18, Zeile 48-58.

<sup>82</sup> Wahlprogramm „Hessen sozial“ der Partei „DIE LINKE.“ zur Landtagswahl in Hessen am 18. Januar 2009, S. 19, Zeile 51-56.

- Gegen den Bau des Steinkohlekraftwerks Staudinger VI<sup>83</sup>

Zur Frage des Drogenkonsums nehmen die Linken in einem fachlichen Anhang zum Wahlprogramm Stellung:

„Daher treten wir ein für: [...] Entkriminalisierung von Drogenkonsument/Innen durch Festlegung geringer Mengen, bei denen kein Strafverfahren eingeleitet wird; [...] Die Regulierung des derzeit völlig ‚freien‘ Drogenmarktes [...] für Cannabis, welches den Besitz, Erwerb, Anbau und Handel [...] legalisiert.“<sup>84</sup>

Die radikalen Forderungen der Linken führten nicht zum Erfolg: Die folgenden Wahlen zum Hessischen Landtag am 18. Januar 2009 brachten eine Mehrheit von 53,4 % für eine Koalition von CDU (37,2 %) und FDP (16,2 %), während SPD (23,7%), Grüne (13,7%) und „DIE LINKE.“ (5,4%) gemeinsam nur einen Stimmenanteil von 42,8 % erreichten.

#### IV. Parteitag am 25. April 2009 in Bad Homburg

Zur Vorbereitung der Wahl zum Deutschen Bundestag am 27. September 2009 veranstaltete die Partei „DIE LINKE.“ am 25. April 2009 in Bad Homburg einen außerordentlichen Landesparteitag, um ihre Landesliste für die bevorstehende Wahl zu beschließen. Inhaltlich verständigte man sich auf die Zustimmung zum Wahlprogramm der Bundespartei „DIE LINKE.“ mit dem Titel: „Konsequent sozial. Für Demokratie und Frieden.“. Dieses wurde am 20./21. Juni 2009 auf einem Bundesparteitag in Berlin beschlossen. Darin heißt es unter anderem:<sup>85</sup>

- „Der Kapitalismus hat eine Gesellschaft hervorgebracht, in der die Herrschenden Gier, Geiz, Egoismus und Verantwortungslosigkeit zu Tugenden erhoben haben. Ihre Vertreterinnen und Vertreter haben abgewirtschaftet. Ihnen darf das Land nicht länger überlassen werden.“ (S.3)
- „Der Kapitalismus ist nicht nur sozial ungerecht und Motor der Klimakatastrophe. Er ist auch wirtschaftsfeindlich. [...] Wir erkämpfen den Einstieg in eine andere Gesellschaft.“ (S.5)

---

<sup>83</sup> Wahlprogramm „Hessen sozial“ der Partei „DIE LINKE.“ zur Landtagswahl in Hessen am 18. Januar 2009, S.25 und 39.

<sup>84</sup> Wahlprogramm „Hessen sozial“ der Partei „DIE LINKE.“ zur Landtagswahl in Hessen am 18. Januar 2009 Anhang: „Drogenpolitik“, S.37, Zeile 59-67.

<sup>85</sup> Folgende Zitate stammen aus dem Wahlprogramm der Partei „DIE LINKE.“ zur Bundestagswahl 2009.

- „[Wir sind] besser aufgehoben, in einer Wirtschaftsordnung, die den Kapitalismus überwindet, die in Kernbereichen der Wirtschaft auf öffentlichem und Belegschaftseigentum aufbaut und die Marktsteuerung von Produktion und Verteilung in die soziale und politische Verantwortung demokratischer Institutionen einbindet.“ (S.6)
- „Wir wollen die Steuern auf hohe Einkommen, Erbschaften und Konzern-Gewinne erhöhen.“ (S.7)
- „Deshalb treten wir für eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung ein. Als erster Schritt muss der Finanzsektor unter demokratische Kontrolle gestellt werden.“ (S.10)
- „DIE LINKE fordert: private Banken vergesellschaften, den Finanzsektor öffentlicher Kontrolle unterwerfen und strikt regulieren: den privaten Bankensektor in die öffentliche Hand überführen.“ (S.11)
- „DIE LINKE fordert: [...] Vergesellschaftung der Strom- und Gasnetze; Rekommunalisierung zentraler Teile der Energiewirtschaft.“ (S.15)
- „Die privaten [...] Telekommunikations- und Netzbetreiber mausern sich ohne kulturellen Auftrag, ohne öffentliche Kontrolle und Transparenz zu Sendeanstalten und bedrohen das gesamte [...] Fernseh- und Rundfunksystem. [...] DIE LINKE steht deshalb für die Schaffung einer demokratischen Medienordnung, die die Wissensverarbeitung wieder öffentlicher Regulierung unterstellt.“ (S.37)
- „DIE LINKE fordert: [...] alle Geheimdienste abschaffen.“ (S.44)
- „[...] den Besitz, Erwerb, Anbau und Handel [Anm. mit Cannabis] legalisieren.“ (S.45)
- „Die deutsche Außenpolitik ist von SPD und Grünen militarisiert worden und zunehmend auf imperiale Durchsetzung von Kapitalinteressen gerichtet. Seit dem Angriffskrieg gegen das damalige Jugoslawien beteiligt sich die Bundesrepublik Deutschland aktiv an Handlungen, die das Völkerrecht verletzen.“ (S.53)
- „DIE LINKE fordert: Die NATO auflösen. [denn] ihr Ziel ist, sich als globale Interventionsmacht zu zeigen.“ (S.54)

Auf Platz eins der Landesliste und damit zur Spitzenkandidatin wurde Sabine Leidig gewählt. Sie ist ehemaliges Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und war bis September 2009 Geschäftsführerin im Bundesbüro der Protestorganisation attac. Äußerungen von Frau Leidig belegen ihre linksextremistische Haltung. So sagte sie unter anderem:

- „Krisen sind ohne Systemwechsel nicht zu lösen“<sup>86</sup>
- „Ich möchte euch heute einladen, radikaler zu werden. Nicht im Sinne unnützer Gewalt, sondern im Sinne von entschlossenem Protest und Widerstand gegen den Radi-

---

<sup>86</sup> Sabine Ledig, zitiert nach: FAZ vom 26.04.2009.

kalismus der Globalisierung, der Konkurrenz und der Kriege - für das Überleben menschlicher Perspektiven. [...] Wenn die Friedensbewegung, die Globalisierungskritiker und die Gewerkschaften ihre Kämpfe verbinden, kann richtig Sand ins neoliberale Globalisierungsgetriebe kommen - dann ist es möglich, die Richtung zu ändern. Ich möchte euch aufrufen, nicht nur am 1. Mai dabei zu sein, sondern auch zusammen mit Attac und vielen anderen Gruppen gegen den bevorstehenden G-8-Gipfel Anfang Juni in Evian zu protestieren. Lasst uns radikal und gemeinsam die Menschenrechte auf Frieden, Selbstbestimmung, Nahrung, Bildung, Arbeit und gesunde Lebensbedingungen der Weltmarkt-Macht- und Profitgier entgegenstellen!“<sup>87</sup>

- „Die derzeitige Parteiendemokratie kann nicht das letzte Wort sein“<sup>88</sup>

Auf den zweiten Listenplatz wurde Wolfgang Gehrke-Reymann gewählt. Er war über 20 Jahre Mitglied der DKP<sup>89</sup> und über Jahrzehnte im Parteivorstand tätig.<sup>90</sup> Außenpolitisch macht er sich für die Streichung der FARC, einer marxistischen Guerilla-Bewegung, die in Kolumbien gewaltsam den Staat bekämpft, von der Liste der Terrororganisationen stark.<sup>91</sup>

Auf Platz drei wurde Christine Buchholz gewählt, die sich laut Eigenauskunft für die „sozialistische Gesellschaftsordnung“ einsetzen will. Sie war aktiv an der Organisation der gewalttätigen Proteste im Umfeld des G8-Gipfels in Genua 2008 beteiligt.<sup>92</sup> Frau Buchholz ist Unterstützerin des marxistischen Netzwerkes „marx21“ und der Sozialistischen Linken, die beide vom Verfassungsschutz als linksextremistisch eingestuft werden.<sup>93</sup>

Die Delegierten diskutierten auch über die Erwartungen an den anstehenden Wahlkampf und ihre politischen Ziele. Im Verlauf der Veranstaltung rief Wolfgang Gehrke-Reymann (MdB) den Anwesenden zu:

---

<sup>87</sup> Sabine Leidig in ihrer Rede zum Ostermarsch 2003, zitiert nach ihrer persönlichen Homepage: [www.sabine-leidig.de/Archiv\\_ohne\\_Navi/Reden/Ostermarsch\\_2003/](http://www.sabine-leidig.de/Archiv_ohne_Navi/Reden/Ostermarsch_2003/).

<sup>88</sup> Sabine Leidig gegenüber der Frankfurter Rundschau am 26.4.2009, zitiert nach [http://www.fr-online.de/in\\_und\\_ausland/politik/aktuell/1734287\\_Portraet-Sabine-Leidig-Eine-Bewegte-fuer-die-Linke.html](http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/1734287_Portraet-Sabine-Leidig-Eine-Bewegte-fuer-die-Linke.html).

<sup>89</sup> Die DKP ist linksextremistisch ausgerichtet und setzt auf gewaltsamen, revolutionären Umsturz zur Veränderung der Gesellschaftsordnung nach marxistischem Vorbild. Im DKP-Parteiprogramm, verabschiedet auf dem 17. Parteitag am 8. April 2006 in Duisburg heißt es: „Der Sozialismus kann nicht auf dem Weg von Reformen, sondern nur durch tief greifende Umgestaltungen und die revolutionäre Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse erreicht werden.“

<sup>90</sup> Selbstauskunft unter: <http://webarchiv.bundestag.de/archive/2006/0103/mdb/bio/G/gehrcwo0.html>.

<sup>91</sup> Wolfgang Gehrke-Reymann am 27. Mai 2009, zitiert nach: [www.moz.de/index.php/Moz/Article/category/Nachrichten/id/231659](http://www.moz.de/index.php/Moz/Article/category/Nachrichten/id/231659).

<sup>92</sup> Vgl. Selbstauskunft unter: [http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete17/biografien/B/buchholz\\_christine.html](http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete17/biografien/B/buchholz_christine.html).

<sup>93</sup> Die verfassungsfeindlichen Organisationen im Umfeld der Linken wurde bereits im Teil A dieser Dokumentation beschrieben.

„Ich will soziale Unruhen.“<sup>94</sup>

Er wiederholte damit eine Forderung der Spitzenkandidatin, Sabine Leidig, die zur Erläuterung ausführte:

„Man muss sich soziale Unruhen nicht als Straßenkampf vorstellen, aber das ist natürlich auch eine Form“<sup>95</sup>

„DIE LINKE.“ veröffentlichte im Vorfeld der angekündigten Demonstrationen zum 1. Mai, die inzwischen schon traditionell mit gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Linksaunomen und der Polizei verbunden sind, folgende Pressemitteilung:

„Durch das erwartete Schrumpfen der Wirtschaftsleistung um sechs Prozent werden die Kämpfe um den Erhalt von Arbeitsplätzen härter. Die Versuche der Unternehmen, durch Erpressung Lohnverzicht zu erzwingen, werden immer dreister. Deshalb müssen die Demonstrationen und Kundgebungen zum ersten Mai die soziale Unruhe, die immer mehr Menschen erfasst, deutlich zum Ausdruck bringen“, erklärt Ulrich Wilken, Landesvorsitzender der Partei „DIE LINKE.“ Hessen. Die Kolleginnen und Kollegen, die wie bei Federal Mogul, ehemals Glyco, in Wiesbaden für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze kämpfen, brauchen dringend Unterstützung aus der Gesellschaft. Nur wenn wir uns im Widerstand gegen Massenentlassungen und Lohndumping zusammenschließen, kann soziale Verunsicherung zu sozialer Unruhe werden. Nur wenn wir genug soziale Unruhe zeigen, erzeugen wir genug Druck, um die Regierungen zum Handeln zu zwingen.“<sup>96</sup>

Ein Bericht der WELT belegt die geistige Nähe der Forderungen nach sozialen Unruhen zu den Randalen in der Nacht zum 1. Mai 2009:

„Es kommt nach Ende der Demonstration zur Randale, nach der sich die Linksradiakalen sehnen. Barrikaden werden gebaut, Müllcontainer angezündet, Steine, Feuerwerkskörper und Molotowcocktails gezielt auf Polizisten geworfen. Von einer Gewalt, „wie wir sie in den vergangenen Jahren kaum kannten“, spricht Rainer Wendt, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft. Die Gewalttäter hätten „billigend in Kauf genommen, dass schwerste Verletzungen und auch Tötungen durch solche Aktionen erfolgen können“. Am

---

<sup>94</sup> Holger Gehrke-Reymann, zitiert nach: FAZ vom 26.04.2009.

<sup>95</sup> Sabine Leidig im HR-Sommerinterview, 12.9.2009, zitiert nach: [www.pds-hessen.de/btw09/wahlkampf/positionen/108-sabine-leidig-ueber-sozialstaatsgarantie-und-soziale-unruhen-im-sommerinterview-von-hr-info-.html](http://www.pds-hessen.de/btw09/wahlkampf/positionen/108-sabine-leidig-ueber-sozialstaatsgarantie-und-soziale-unruhen-im-sommerinterview-von-hr-info-.html).

<sup>96</sup> Pressemitteilung der Fraktion Die Linke im Hessischen Landtag, abrufbar unter: <http://www.die-linke-hessen.de/lv15/politik/presse/459-soziale-unruhe-zeigen>.

Ende dieser Nacht sind 273 Beamte verletzt. Voriges Jahr waren es in Berlin 112.289 Randalierer nimmt die Polizei fest, doppelt so viele wie 2008.“<sup>97</sup>

## V. Parteitag am 21. November 2009 in Melsungen

Auf Ihrem zweiten ordentlichen Parteitag am 21. November 2009 in Melsungen wählten die hessischen Linken ihre neue Landesvorsitzende, Heidemarie Scheuch-Paschkewitz. Frau Scheuch-Paschkewitz ist seit einem Jahr Mitglied der Partei „DIE LINKE.“ und war auf Platz 5 der hessischen Landesliste zur Bundestagswahl angetreten.

Neben der Wahl der neuen Landesvorsitzenden der Linken in Hessen beschloss der Parteitag einen Initiativantrag. Die darin enthaltenen Forderungen waren zum größten Teil bereits im Wahlprogramm zur Bundestagswahl enthalten. Sie verdeutlichen noch einmal die Grundpositionen der Partei „DIE LINKE.“ in Hessen:

### **„Wir wollen die Systemveränderung!“**

Die gegenwärtige Krise macht deutlich, dass das kapitalistische System den demokratischen und sozialen Lebensinteressen der Menschen in unserem Land nicht gerecht wird. Wir brauchen eine soziale und wirtschaftliche Neuordnung, deren Ziel und Inhalt nicht das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben sein kann.

Das Ergebnis der Bundestagswahl bringt auch eine wachsende Polarisierung in unserer Gesellschaft, die nach wie vor durch einen unüberbrückbaren Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit geprägt ist, zum Ausdruck. Hier ist „DIE LINKE.“ politisch klar positioniert. Wir sind die einzige Partei, die gegen den menschenfeindlichen, neoliberalen Umbau unserer Gesellschaft und gegen die Zerstörung des Sozialstaats kämpft. Wir sind die einzige Anti-Agenda 2010 Partei. Wir stehen für Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Wir sind Antikriegspartei und die Partei des demokratischen Sozialismus. Wir stehen als Partei „DIE LINKE.“ fest an der Seite der Friedensbewegung, der abhängig Arbeitenden und sozial Ausgegrenzten.

Wir stellen die Eigentums- und Machtfrage mit dem Ziel der Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und des Aufbaus einer neuen, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt ist. Wir lehnen jede Politik ab, die Profitmaximierung als Maß allen Wirtschaftens akzeptiert.

---

<sup>97</sup> vgl. DIE WELT online am 2. Mai 2009: <http://www.welt.de/politik/article3664988/Gewalt-am-1-Mai-mit-Politik-hat-das-nichts-zu-tun.html>.

Wir fordern:

- Die Überführung von Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge in gesellschaftliches Eigentum, insbesondere der Energie-Konzerne, aber auch der Großbanken; [...]

Wir machen keine Abstriche bei unseren politischen Grundpositionen:

- Wir verlangen, dass die Kriegseinsätze der Bundeswehr überall in der Welt beendet werden und zwar sofort! Erster Schritt: Raus aus Afghanistan!
- Wir unterstützen eine offensive gewerkschaftliche Gegenmacht im Widerstand gegen eine immer inhumaner und aggressiver werdende Politik des Kapitals. Dazu gehört auch die Anwendung des politischen Streiks, wie ihn z. B. die Gewerkschaft IG BAU unlängst in ihrer Satzung verankert hat.“<sup>98</sup>

„DIE LINKE.“ in Hessen erneuert damit ihre bekannten politischen Ansichten und stellt eine Gesellschaft nach sozialistischem Vorbild ins Zentrum ihres politischen Denkens. Ihr Programm zeugt auch weiterhin vom Willen nach einem Systemwechsel, das heißt der Abschaffung von Grundpfeilern unserer Verfassung wie dem Grundrecht auf Eigentum, der freiheitlich demokratischen Grundordnung und der Sozialen Marktwirtschaft.

---

<sup>98</sup> Leitantrag zum Parteitag der hessischen Linken vom 21.November 2009, abrufbar unter: [http://www.die-linke-hessen.de/lv15/service-inhalt/downloads/doc\\_download/200-antraege-an-den-2-landesparteitag](http://www.die-linke-hessen.de/lv15/service-inhalt/downloads/doc_download/200-antraege-an-den-2-landesparteitag), S. 12-13.



## Teil C „DIE LINKE.“ Landtagsfraktion in Hessen

### I. Mitglieder der Landtagsfraktion

Im folgenden Kapitel werden biografische Informationen über die Mitglieder der Landtagsfraktion „DIE LINKE.“ dargestellt.

#### 1. Willi van Ooyen, Fraktionsvorsitzender

Willi Van Ooyen, Fraktionsvorsitzender der Linken im Hessischen Landtag, wurde nach dem Rücktritt von Pit Metz zum neuen Spitzenkandidaten der hessischen Linken für die Landtagswahlen 2008 und 2009 gewählt. Er ist zudem europa- und haushaltspolitischer Sprecher der Fraktion.

Van Ooyen war von 1976 an zunächst hessischer Landesgeschäftsführer der kommunistisch geprägten Deutschen Friedens Union (DFU), seit 1984 dann deren Bundesgeschäftsführer. Gegründet wurde die DFU 1960 auf Initiative von Kommunisten als Ersatz für die verbotene KPD. In den Parteiarchiven der SED fanden sich nach dem Mauerfall Unterlagen, aus denen hervorging, dass die DDR die DFU jährlich mit Millionenbeträgen finanziell unterstützt hat. Die DFU erhielt rund 90% ihrer finanziellen Mittel von der SED, war also völlig von ihr abhängig. Heute bekleidet van Ooyen unzählige Funktionen in linken Bewegungen. So arbeitete er unter anderem bei der Koordination der Anti-G-8 – Proteste und der Kampagne für den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan mit und ist Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag in Kassel, der vom hessischen Verfassungsschutz als linksextremistisch beeinflusst eingestuft wird.

Aus seinen extrem linken politischen Ansichten hat er nie einen Hehl gemacht: „Ich bin Marxist, und die Bezeichnung Kommunist ist für mich kein Schimpfwort.“<sup>99</sup> Einer anderen Zeitung gegenüber betonte er im Dezember 2007: „Ich habe mich nie von Kommunisten abgegrenzt.“<sup>100</sup>

---

<sup>99</sup> Willi van Ooyen, zitiert nach: BILD, 30.1.2008.

<sup>100</sup> Willi van Ooyen, zitiert nach: Welt Kompakt 17.12.07.

## 2. Janine Wissler, Fraktionsvorsitzende

Janine Wissler ist seit der Landtagswahl am 27. Januar 2008 Mitglied des Hessischen Landtags. Seit Beginn der neuen Wahlperiode am 18. Januar 2009 ist sie ebenfalls Vorsitzende der Fraktion „DIE LINKE.“ im Hessischen Landtag. Sie ist Gründungsmitglied der zum marxistischen Spektrum der Partei gehörenden Vereinigung „marx 21“, die innerhalb der Linken für einen internationalen Marxismus wirbt und die den Klassenkampf der Arbeiterklasse in Reinkultur fordert.<sup>101</sup> Sie ist damit das Mitglied der Fraktion, das am offensivsten nach wie vor für kommunistische und verfassungsfeindliche Parolen steht und das Mitglied in einer Organisation ist, die ganz Eindeutig linksextrem ist. Zuvor war sie aktives attac-Mitglied und wurde aus den Jusos Frankfurt, die nicht in dem Ruf stehen, konservativ zu sein, ausgeschlossen, da sie im Verdacht stand, die Jusos kommunistisch zu unterwandern. Wissler ist energie-, wissenschafts-, wirtschafts- und verkehrspolitische Sprecherin ihrer Fraktion.

## 3. Hermann Schaus, Parlamentarischer Geschäftsführer

Hermann Schaus ist ebenfalls bereits seit der Landtagswahl am 27. Januar 2008 Mitglied des Hessischen Landtages. Seit Beginn der neuen Wahlperiode ist er parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion „DIE LINKE.“ und zugleich innenpolitischer Sprecher. Er ist seit 28 Jahren hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär bei ötv, später ver.di und mittlerweile Landessprecher ver.di Hessen. Er kommt aus der SPD und ist daher bislang extremistisch nicht aufgefallen, der Austritt erfolgte 1993 wegen des Asylkompromisses und des „Großen Lauschangriffs“. Er hat später die WASG mitgegründet. Schaus verfügt aber über enge Kontakte zu der trotzkistisch-linksextremistischen Gruppierung „marx 21“, für die er u.a. eine Wahlanalyse mitverfasst hat.<sup>102</sup>

---

<sup>101</sup> vgl. Selbstauskunft von Frau Wissler auf der Homepage der LINKEN-Fraktion Hessen, [http://www.linksfraktion.die-linke-hessen.de/component/option,com\\_contact/task/view/contact\\_id,4/Itemid,243/](http://www.linksfraktion.die-linke-hessen.de/component/option,com_contact/task/view/contact_id,4/Itemid,243/) (17. April 2008).

<sup>102</sup> Artikel vom 18. Februar 2008, "Den außerparlamentarischen Widerstand stärken", <http://marx21.de/content/view/339/32/>.

#### 4. Barbara Cárdenas Alfonso

Barbara Cárdenas Alfonso ist seit der Landtagswahl vom 27. Januar 2008 Mitglied des Hessischen Landtags. Sie kandidierte bei den Wahlen zum Hessischen Landtag 2008 und 2009 jeweils auf Listenplatz 5. Frau Cárdenas Alfonso ist das einzige Mitglied der Linksfraktion, das Mitglied der DKP war (in den 80er Jahren). Vorher war sie 1969 bei der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG), die hauptsächlich Kriegsdienstverweigerer beraten haben, und in den 1970ern Mitglied im Marxistischen Studentenbund Spartakus, die sich neben ihrem Kampf gegen die Demokratie auch dem Kampf gegen Berufsverbote gewidmet hatten. 1993 war sie zunächst bei Bündnis 90/Die Grünen, dann bei der PDS. Später gründete sie eine PDS-nahe Dietzenbacher Liste (DL) und vertrat diese im Stadtparlament, dort ist sie aber laut Aussagen der dortigen CDU kaum aufgefallen. Für ihre Fraktion ist sie Sprecherin für Bildungs- und Integrationspolitik.

#### 5. Marjana Schott

Marjana Schott ist ebenfalls bereits seit der Landtagswahl am 27. Januar 2008 eine der sechs Landtagsabgeordneten der Fraktion „DIE LINKE.“ im Hessischen Landtag und zugleich seit 2007 stellvertretende Landesvorsitzende der Partei „DIE LINKE.“. In der verkürzten Wahlperiode 2008 fungierte sie als Parlamentarische Geschäftsführerin. Der PDS war sie laut ihrer Homepage 2002 beigetreten. Sie ist nach eigener Auskunft zunächst Buchhändlerin gewesen, danach hat sie nach einem Studium der Sozialpädagogik im öffentlichen Dienst gearbeitet und war freiberufliche Insolvenzverwalterin und Schuldnerberaterin beim Verein SinN e.V., über den es keine Kenntnisse hinsichtlich extremistischer Bestrebungen gibt. Sie amtierte als Sprecherin der "AG LISA" der Linkspartei Hessen, die insbesondere die Frauenrechte in Politik und Partei forcieren will. Dank der gültigen 50%-Quote für alle Mandate kommt dieser AG eine Schlüsselrolle bei der Besetzung politischer Ämter zu. Außerdem ist Frau Schott umwelt- und sozialpolitische Sprecherin ihrer Fraktion. Ihre Ablehnung unserer Demokratie wird deutlich in folgendem Satz: „Ich will nicht die DDR. Aber auch nicht unsere Verhältnisse. Ich will was dazwischen.“<sup>103</sup>

---

<sup>103</sup> „Welt“ vom 5. März 2008, Artikel „So will die Linke das Geld neu verteilen“, [http://www.welt.de/politik/article1759105/So\\_will\\_die\\_Linke\\_das\\_Geld\\_neu\\_verteilen.html](http://www.welt.de/politik/article1759105/So_will_die_Linke_das_Geld_neu_verteilen.html).

## 6. Dr. Ulrich Wilken

Dr. Wilken ist mit Unterbrechungen seit 2003 Landesvorsitzender der Partei „DIE LINKE.“ Hessen und seit 2008 Mitglied der Fraktion im Hessischen Landtag. Hier fungiert er als rechts- und medienpolitischer Sprecher seiner Fraktion.

Dr. Wilken war in den 80er Jahren eines der Gründungsmitglieder der zwischenzeitlich aufgelösten extremistischen Partei „Demokratische Sozialisten (DS)“. Ebenfalls in diese Zeit fällt seine Tätigkeit als Generalsekretär der linksextremistischen Gruppe „Christen für den Sozialismus“, die noch heute offen verfassungsfeindlich agitiert und in ihrer Selbstdarstellung formuliert: "Das Ziel unserer Arbeit besteht in der Überwindung des Klassencharakters dieser Gesellschaft."<sup>104</sup> Die „Christen für den Sozialismus“ arbeiteten mit der DKP und DFU zusammen. Der Zentralverband der Deutschen Katholiken lehnte eine Zusammenarbeit mit dieser Gruppe mit folgender Begründung ab:

"Diese Gruppe „Christen für den Sozialismus“ hat ein eindeutiges Verhältnis zur Gewalt. Dieses Verhältnis ist nicht etwa wie bei vielen GRÜNEN ungeklärt, sondern hier ist es eindeutig geklärt, nämlich im Sinne der Bejahung von Gewalt. Die Gruppe „Christen für den Sozialismus“ ist eine Gruppe, mit der wir nicht zusammenarbeiten können."<sup>105</sup>

## II. Parlamentarische Arbeit der Fraktion

In der parlamentarischen Auseinandersetzung treten die inhaltlichen Positionen der Fraktion „DIE LINKE.“ besonders deutlich zu Tage. Im Folgenden werden chronologisch Passagen aus den Plenarprotokollen sowie die dazugehörigen Anträge oder Gesetzesinitiativen aufgeführt. Sie geben wider, welches die Ziele der Fraktion „DIE LINKE.“ sind:

### 1. Erster Plenartag der neuen Wahlperiode am 18.2.2009

Aus Anlass des Ausbaus des Frankfurter Flughafens formierten sich linke Protestgruppen und errichteten ein Hüttendorf im Kelsterbacher Wald. Mehrere Gerichte erklärten diese Besetzung des Eigentums des Flughafens für rechtswidrig. Am Tag der ersten Plenarsitzung im Hessischen Landtag wurde das illegal errichtete Hüttendorf von der Polizei geräumt.

---

<sup>104</sup> Vgl. die Homepage: <http://www.ikvu.de/html/profil/cfs.html>.

<sup>105</sup> Friedrich Kronenbe, Generalsekretär des ZdK, am 20. 12. 1982.

Einige Mitglieder der Fraktion „DIE LINKE.“ im Hessischen Landtag nahmen dies zum Anlass, der Sitzung fernzubleiben. In einer Pressemitteilung nahmen sie dazu Stellung:

„Die Abgeordneten Barbara Cárdenas, Willi van Ooyen, Hermann Schaus und Marjana Schott sind vor Ort, um die Solidarität der Fraktion mit den Campbewohnerinnen und -bewohnern und die Ablehnung dieser Räumungsaktion zu bekunden. „DIE LINKE.“-Fraktion im Hessischen Landtag, fordert die Verantwortlichen erneut auf, die Entscheidung in den ausstehenden 260 Hauptsacheverfahren abzuwarten. Es besteht kein Handlungsbedarf, das Hüttendorf zu räumen! Schaus: „Wir unterstützen die Initiative der Kelssterbacher Bürgerinnen und Bürger, den Verkauf des Bannwaldes an die Fraport per Bürgerentscheid zu verhindern und den Widerstand gegen das unsinnige Projekt aufrecht zu erhalten.“ „DIE LINKE.“-Fraktion im Hessischen Landtag dankt den Bewohnerinnen und Bewohnern des Camps für ihren großartigen Einsatz im gewaltfreien und demokratischen Widerstand gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens.“<sup>106</sup>

Die Fraktionsvorsitzende Janine Wissler stellte in der Aussprache zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten die Zielstellung der Fraktionsarbeit der Linken wie folgt dar:

„Diese Krise ist nicht allein dem Versagen einzelner Manager geschuldet. Es ist das Versagen des kapitalistischen Systems. Der Kapitalismus ist ein zutiefst instabiles Krisensystem. Die Anarchie des Marktes führt immer wieder zu Chaos, zu Zerstörung, zu Kriegen. Es ist nicht einfach ein Fehler im System, der behoben werden kann. Nein, das System ist der Fehler. Das wollen wir überwinden. [...] Wir stehen auf der Seite der Bürgerinitiativen. Wir stehen auf der Seite der Flughafenausbaugesegner, und das auch heute, wo das Hüttendorf geräumt wird. [...] DIE LINKE hat die Bildungsproteste und Schülerstreiks in den letzten Monaten unterstützt. Ich hoffe, dass auch in diesem Jahr viele Schülerinnen und Schüler, viele Lehrerinnen und Lehrer und viele Studierende auf die Straße gehen, um der Regierung Druck zu machen und um eine sozial gerechte Bildungspolitik durchzusetzen. [...] Wir wollen einen Systemwechsel. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Menschen vor Profiten stehen. Deshalb treten wir für eine demokratische, für eine sozialistische Gesellschaft ein. Deshalb werden wir in den nächsten fünf Jahren eine antikapitalistische Oppositionsarbeit in diesem Parlament machen – gegen eine Koalition aus Marktradikalen mit einem Ministerpräsidenten, der nicht davor zurückschreckt, immer wieder ausländerfeindliche Ressentiments zu bedienen, wenn es darum geht, seinen Posten zu verteidigen. [...] DIE LINKE versteht sich in diesem Parlament auch als ein Sprachrohr der sozialen Bewegung. Gesellschaftlicher Druck wird nötig sein, damit die nächsten fünf Jahre keine verlorenen Jahre für Hessen sein werden. Das ist dringend nötig, denn die Geschichte hat immer wieder ge-

---

<sup>106</sup> Pressemitteilung der Fraktion Die Linke im Hessischen Landtag vom 18.02.09, abrufbar unter: <http://www.linksfraktion-hessen.de/cms/abgeordnete/die-abgeordneten/hermann-schaus/pressemitteilungen-mainmenu-272/633-machtdemonstration-gegen-widerstandscamp-im-kelsterbacher-wald.html>.

zeigt, dass für den gesellschaftlichen Fortschritt nicht nur entscheidend ist, wer regiert, sondern auch sehr entscheidend ist, wer opponiert – und vor allem, wie opponiert wird.“<sup>107</sup>

Zur außerparlamentarischen Oppositionsarbeit der Fraktion „DIE LINKE.“ nahm CDU-Generalsekretär Peter Beuth Stellung:

„Sie haben die Eskalation, die Konfrontation in diesem Wald gesucht. Das ist nicht in Ordnung. [...] Es gibt in unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung keinen Raum für zivilen Ungehorsam. Es gibt kein Widerstandsrecht. Wer das unterstützt, der verlässt den Boden des Rechtsstaats, der untergräbt die Autorität staatlicher Ordnung, ja, der untergräbt die Rechtmäßigkeit staatlichen Handelns, der untergräbt – das ist in Ihren Redebeiträgen heute und im vergangenen Jahr deutlich geworden – unseren Rechtsstaat insgesamt. [...] Sie haben erneut, nachdem Sie dem Parlament ein Jahr angehören, auch heute weder der parlamentarischen Demokratie noch dem Rechtsstaat Ehre gemacht. Das bedauern wir sehr.“<sup>108</sup>

Im weiteren Verlauf der Plenarsitzung wurde unter anderem über das Vorschaltgesetz 2009 debattiert. Bei dem Vorschaltgesetz 2009 handelte es sich um eine befristete Übergangsregel, die notwendig wurde, weil in Folge der komplizierten Mehrheitsverhältnisse nach der Landtagswahl 2008 nicht rechtzeitig ein neuer Haushalt verabschiedet werden konnte. Die Verfassung schreibt für diesen Fall eine provisorische Haushaltsführung der Regierung vor, bis das Haushaltsgesetz das Parlament durchlaufen hat. Hier nahm der Fraktionsvorsitzende der Linken van Ooyen einen waghalsigen Vergleich vor. Er sagte wörtlich:

„Dass uns Artikel 140 der Hessischen Verfassung zwingt, in Grunde genommen ein Ermächtigungsgesetz zu beschließen, ist ein Punkt, über den wir stolpern werden.“<sup>109</sup>

Mit dem Vorwurf an die Landesregierung von Willi van Ooyen, man verabschiede ein „Ermächtigungsgesetz“<sup>110</sup>, setzte er die Hessische Landesregierung damit in eine Reihe mit dem verbrecherischen, totalitären Regime des Nationalsozialismus.

---

<sup>107</sup> Janine Wissler im Hessischen Landtag am 18.02.09 (Drucksache 18/2, S. 62, 65 f.).

<sup>108</sup> Peter Beuth im Hessischen Landtag am 18.02.09 (Drucksache 18/2, S. 81).

<sup>109</sup> Willi van Ooyen im Hessischen Landtag am 18.02.09 (Drucksache 18/2, S. 106).

<sup>110</sup> Das Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 übertrug die volle gesetzgebende Gewalt vom Parlament auf die Regierung um Adolf Hitler, beendete somit faktisch die Demokratie und die Weimarer Republik und läutete die dunkelsten zwölf Jahre der deutschen Geschichte ein.

## 2. Plenum 31.3 - 2.4.2009

Auf der Tagesordnung zur Sitzung des Landtages am 2. April stand ein Entschließungsantrag von CDU und FDP, der die Verurteilung von Extremismus in Hessen betraf. Hintergrund war ein Anschlag rechtsextremistischer Gewalttäter auf ein Zeltlager, dem der Landtag entschieden entgegentreten wollte. In dem Antrag betreffend die Verurteilung von Extremismus in Hessen (Drucksache 18/49) hieß es:

„1. Der Hessische Landtag verurteilt den feigen und schwerwiegenden Angriff von Rechtsextremisten auf Demonstrationsteilnehmer auf der Rückreise von einer Kundgebung gegen Neonazis in Dresden auf einer thüringischen Raststätte.

2. Der Hessische Landtag begrüßt die konsequente Verfolgung und Bekämpfung rechtsextremer Bestrebungen und Straftaten durch die hessische Polizei und den hessischen Verfassungsschutz. Er stellt

fest, dass in Hessen rechtsextremistische Gewalt nicht nur wirksam bekämpft wird, sondern dass, entgegen dem Bundestrend, die Zahl der Gewaltdelikte im Bereich der politisch motivierten Kriminalität -Rechtsextremismus - zurückgegangen ist. Er fordert die Bürger Hessens auf, auch weiterhin wachsam jeder Art von rechtem und linkem Extremismus entgegenzutreten.

3. Der Hessische Landtag lehnt ein erneutes NPD-Verbotsverfahren als untaugliches Mittel zur Bekämpfung des Rechtsextremismus ab. Ein Verbot der NPD würde weder die rechtsextremistische Gewalt verhindern, da diese auch von Neonazis und Kameradschaften, die von einem solchen Verbot nicht erfasst würden, ausgeht. Außerdem müsste mit einem erneuten Scheitern eines Verbotsverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht gerechnet werden, was zu einer ungewollten Aufwertung der NPD führen würde. Der Kampf gegen den Rechtsextremismus muss auch zukünftig auf allen Ebenen politisch und gesellschaftlich hoch engagiert und mit aller Konsequenz geführt werden. Die Anstrengungen bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus sind wie bisher auf hohem Niveau fortzuführen.“<sup>111</sup>

Der Antrag wurde vom Landtag beschlossen. „DIE LINKE.“ hat als einzige Fraktion im Hessischen Landtag diesem Antrag, der Gewalt und Extremismus verurteilt, nicht zugestimmt.

Für die gleiche Sitzung hatte die Fraktion „DIE LINKE.“ eine Aktuelle Stunde zum 60. Geburtstag der NATO beantragt. In seiner Rede forderte der Fraktionsvorsitzende van Ooyen die Abschaffung der NATO, bzw. den Austritt Deutschlands aus dem Verteidigungsbündnis mit folgender Begründung:

---

<sup>111</sup> Antrag der CDU und der FDP betreffend Verurteilung von Extremismus in Hessen (Drucksache 18/49).

„Die Nato aus den Zeiten der Blockkonfrontation mit Rüstungswettlauf, Atomraketen und Atomkriegsplänen gegen den Osten verlor [...] ihre Funktion. [...] Mit der Übernahme der US-Präventivkriegstrategie aus der Ära Bush drohen weitere Kriege, auch unter Einsatz von Atomwaffen. [...] Wir sagen Nein zur NATO als Voraussetzung für eine Welt ohne Krieg“<sup>112</sup>

Der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, Dr. Christean Wagner, erklärte in seiner Genrede, wie die geschichtlichen Zusammenhänge in Wahrheit zu beurteilen sind:

„'DIE LINKE.' stellt, wie früher die SED oder z.B. die DKP, die Wahrheit auf den Kopf. [...] Die Wahrheit ist, die NATO ist und war ein Bündnis freiheitlicher und demokratischer Staaten. Sie hat sich verbündet gegen die kommunistischen Länder des Warschauer Pakts, die unter der Hegemonie der Sowjetunion standen. Die NATO war und ist bis heute ein Verteidigungsbündnis. Darauf wollen wir aus Gründen der geschichtlichen Wahrheit klar und deutlich hinweisen. Die NATO hatte und hat das politische Ziel, Aggressoren abzuschrecken und im Ernstfall abzuwehren. [...] Die NATO ist gegründet worden, weil ständig, über Jahrzehnte, die Gefahr bestand, dass sich die Rote Armee mit ihren Aggressionsplänen anschickte, in Westeuropa einzumarschieren und die westlichen Demokratien zu unterwerfen. Die NATO war und ist seit über einem halben Jahrhundert der Garant für Frieden und Freiheit in unserem Land und in Europa. Das lassen wir uns von den Kommunisten, auch hier im Hessischen Landtag, nicht wegdiskutieren.“<sup>113</sup>

Zu den gewaltsamen Protesten am Rande der Feierlichkeiten zum 60jährigen Bestehen der NATO in Straßburg veröffentlichte die Fraktion „DIE LINKE.“ folgende Pressemitteilung:

„Die NATO hat sich in Strasbourg als das gezeigt, was sie ist: ein aggressives Militärbündnis nach innen und außen. Es war völlig legitim, dass über 30.000 Menschen nach Strasbourg gekommen sind, um gegen die NATO zu protestieren und ihr Demonstrationsrecht wahrzunehmen. Diese Legitimität kann auch durch Gewalt im Verlauf der Proteste nicht in Frage gestellt werden.“<sup>114</sup>

---

<sup>112</sup> Willi van Ooyen im Hessischen Landtag am 2. April 2009, Drucksache 18/8, S. 426.

<sup>113</sup> Dr. Christean Wagner im Hessischen Landtag am 2. April 2009, Drucksache 18/8, S. 426.

<sup>114</sup> Pressemitteilung der Fraktion Die Linke im Hessischen Landtag, abrufbar unter: <http://www.die-linke-hessen.de/lv15/politik/presse/446-linke-gegen-nato-kriege-linke-gegen-gewalt>.



Bei den Ausschreitungen wurden durch mehrere hundert gewaltbereite linksextremistische Randalierer Menschen verletzt, Brände gelegt und Sachbeschädigungen verursacht. Im Landtag verharmloste der Fraktionsvorsitzende van Ooyen die Ausschreitungen wie folgt:

„Nach den eindrucksvollen Demonstrationen am vergangenen Wochenende gegen die Auswüchse des Kapitalismus geht es jetzt weiter. Der massenhafte Protest richtet sich gegen die NATO. [...] Dabei ist zu befürchten, dass bei dem geradezu hysterisch anmutenden Versuch der Sicherheitsbehörden, angeblich Gewaltprävention zu betreiben, demokratische Grundrechte außer Kraft gesetzt werden.“<sup>115</sup>

Wie er sich die Alternative zum Eingreifen der Polizei, die Sicherheit und Ordnung garantieren konnten, vorstellt, macht er in einer Zwischenbemerkung deutlich:

„Wir hatten in Deutschland immer einen gesunden Hang zur Anarchie. Das begleitet mich mein ganzes Leben lang.“<sup>116</sup>

Durch diese Äußerungen stellte sich „DIE LINKE.“ offen an die Seite derer, die Steine und Brandsätze auf Polizeibeamte und Zivilisten warfen, um ihren politischen Ansichten Geltung zu verschaffen.

### 3. Plenum 12.5 - 14.5.2009

In der Plenarsitzung am 12. Mai beschäftigte sich der Landtag mit drei Anträgen zur Europapolitik.<sup>117</sup> Der Fraktionsvorsitzende Willi van Ooyen nutzte diese Möglichkeit, seine Vorstellung des Europäischen Einigungsprozesses darzustellen:

„Die geltenden europäischen Verträge und die Politik der Europäischen Union sowie ihrer Mitgliedstaaten haben das Anwachsen der Kriegsursachen befördert. [...] Sie sind zugleich Ursache für soziale Nöte, Unterdrückung und Fremdbestimmung, für globale gesellschaftliche Spaltung, für Armut, Elend und kriegerische Konflikte.“<sup>118</sup>

---

<sup>115</sup> Willi van Ooyen im Hessischen Landtag am 02.04.2009 (Drucksache 18/8, S. 425).

<sup>116</sup> Willi van Ooyen im Hessischen Landtag am 02.04.2009 (Drucksache 18/8, S. 425).

<sup>117</sup> Antrag der Fraktionen von CDU und FDP betreffend Verbesserung der Rechtsetzung in der Europäischen Union (Drucks. 18/266), Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend CDU und FDP sabotieren EU-Gleichbehandlungspolitik (Drucks. 18/366) und Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend ein Europa des sozialen Fortschritts (Drucks. 18/432).

<sup>118</sup> Willi van Ooyen im Hessischen Landtag am 12.05.2009 (Drucksache 18/10, S. 572).

In der Generaldebatte zum Haushaltsgesetz 2009 am 13. Mai sagte der Fraktionsvorsitzende Willi van Ooyen über das Verhältnis der Linken zu Parlamentarismus und außerparlamentarischer Opposition:

„Gegen diese Politik werden wir hier im Parlament, aber auch draußen auf den Straßen und am kommenden Samstag in Berlin demonstrieren. Das werden wir immer in Verbindung bringen. Wir glauben nicht daran, dass sich Politik allein hier im Parlament verändern lässt. Dazu brauchen wir mehr Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit, eine andere Durchsetzungskraft, die tatsächlich die politische Landschaft, auch hier in Hessen, aber auch in der Bundesrepublik verändert.“<sup>119</sup>

Die Abgeordnete Marjana Schott stellte in der Debatte zum Haushalts-Einzelplan 08 des Hessischen Ministeriums für Arbeit, Familie und Gesundheit ihre Einstellung zum Wirtschaftssystem der Sozialen Marktwirtschaft dar:

„Unser Wirtschaftssystem sorgt dafür, dass es Gewinner und Verlierer gibt. Wir haben uns so sehr daran gewöhnt, dass wir das leider allzu oft hinnehmen wie das Wetter. Aber unsere Regeln, sprich: Gesetze und Besitzverhältnisse, sind von Menschen gemacht und können von Menschen geändert werden. Das sind in diesem Fall wir. Wir haben hier die Verantwortung, zu handeln. [...] Wir wollen, dass die Menschen in unserem Land in Würde leben können. Dafür müssen Besitz- und Eigentumsverhältnisse endlich geändert werden.“<sup>120</sup>

In der Plenarsitzung am 14. Mai 2009 debattierte der Hessische Landtag über mehrere Anträge zum Thema Banken- und Finanzaufsicht.<sup>121</sup> Die Fraktion „DIE LINKE.“ hatte dazu einen eigenen dringlichen Entschließungsantrag betreffend „Bankensektor vergesellschaften – Gemeinwohlorientierung statt Profitmaximierung“ (Drucksache 18/443) eingereicht. Die Fraktionsvorsitzende Wissler informierte die Öffentlichkeit in ihrer Rede über die Pläne ihrer Fraktion zur Verstaatlichung des gesamten Finanzsektors. Sie sagte:

---

<sup>119</sup> Willi van Ooyen im Hessischen Landtag am 13.05.2009 (Drucksache 18/11, S. 617).

<sup>120</sup> Marjana Schott im Hessischen Landtag am 13.05.2009 (Drucksache 18/11, S. 676).

<sup>121</sup> Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP betreffend Finanzmarktaufsicht bündeln – Finanzplatz Frankfurt stärken (Drucks. 18/257), Antrag der Fraktion der SPD betreffend die Finanzmarktarchitektur gestalten – den Finanzplatz stärken (Drucks. 18/364), Antrag der Fraktion der SPD betreffend ein gesunder Finanzmarkt braucht eine starke öffentliche Säule (Drucks. 18/397), Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Finanzmarktaufsicht stärken, Verbraucherinnen, Verbraucher und Wirtschaft effektiv schützen (Drucks. 18/433).

„Die Vergabe von Krediten ist systemrelevant. Dieses Wort haben wir heute schon oft gehört. Deshalb ist sie ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Deswegen braucht sie auch demokratische Kontrolle. Die dauerhafte Überführung aller privaten Banken in die öffentliche Hand wäre eine notwendige Konsequenz aus dieser Finanzmarktkrise [...].“<sup>122</sup>

Noch einen Schritt weiter ging der Abgeordnete Dr. Ulrich Wilken, der seine Interpretation zur Wirtschaftsordnung des Grundgesetzes in der Debatte zu einem Entschließungsantrag der Fraktion „DIE LINKE.“<sup>123</sup> darstellte:

„Die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben bewusst die Option einer gemeinwirtschaftlichen und damit sozialistischen Wirtschaftsordnung ausdrücklich in das Grundgesetz aufgenommen. In manchen Ländern der Welt müsste einer Änderung der Wirtschaftsordnung, einer Änderung der Eigentumsverhältnisse, gemeinhin Revolution genannt, eine Änderung der Verfassung vorausgehen. Nicht so in Deutschland. Diese Änderung der Eigentumsverhältnisse und damit eine sozialistische Wirtschaftsordnung sind in unserem Grundgesetz und in unserer Hessischen Verfassung ausdrücklich vorgesehen. [...] Eine dauerhafte Lösung der Krise ist deshalb nur bei einer Veränderung der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel überhaupt möglich.“<sup>124</sup>

Die grundlegende Veränderung der Eigentumsverhältnisse im Sinne des Sozialismus, die von den Linken immer wieder gefordert wird, widerspricht elementaren Grundsätzen unserer staatlichen Verfassung, die auf Freiheit, Soziale Marktwirtschaft und die Gewährleistung von Privateigentum ausgerichtet ist.

#### 4. Plenum 16.6 - 18.6.2009

In seiner Sitzung am 17. Juni 2009 beriet der Hessische Landtag über zwei Anträge zum Thema Extremismus in Deutschland.<sup>125</sup> Der Antrag der Fraktionen von CDU und FDP betreffend „Bekämpfung des islamistischen Terrorismus sowie Rechts- und Linksextremismus“ (Drucks. 18/804) enthielt neben der Verurteilung von Rechtsextremismus und Islamismus, auch einen Punkt zu verfassungsfeindlichen linksextremistischen Bestrebungen:

---

<sup>122</sup> Janine Wissler im Hessischen Landtag am 14.05.2009 (Drucksache 18/12, S. 734).

<sup>123</sup> Antrag betreffend Äußerungen des Hessischen Ministers der Justiz, für Integration und Europa zur Hessischen Verfassung und zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (Drucks. 18/226).

<sup>124</sup> Dr. Ulrich Wilken im Hessischen Landtag am 13.05.2009 (Drucksache 18/12, S. 746).

<sup>125</sup> Antrag der SPD betreffend „Unterstützung eines NDP-Verbots“ (Drucks.: 18/764) und Dringlicher Antrag der Fraktionen von CDU und FDP betreffend „Bekämpfung des islamistischen Terrorismus sowie Rechts- und Linksextremismus“ (Drucks. 18/804).

„Der Landtag begrüßt nachdrücklich, dass die Partei „DIE LINKE.“ weiterhin unter Beobachtung des Verfassungsschutzes steht, da sie offenbar fortwährend programmatische Ziele verfolgt, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar sind. Sie arbeitet unverändert mit anderen linksextremistischen Parteien wie etwa der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), insbesondere auf kommunaler Ebene, zusammen. Zudem sind offen linksextremistische Zusammenschlüsse wie etwa die Kommunistische Plattform der Partei „DIE LINKE.“ (KPF), die Sozialistische Linke (SL) und die Antikapitalistische Linke (AKL) im hessischen Landesverband der Partei zunehmend aktiv. Der Landtag nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass im Vorstand der Linkspartei derzeit Personen mit einem Vorlauf oder einer aktiven Mitgliedschaft in den oben genannten offen linksextremistischen Zusammenschlüssen, in trotzkistischen Gruppierungen, in der DKP sowie in der Roten Hilfe e.V. (RH) vertreten sind.“<sup>126</sup>

Zu dem Dringlichen Entschließungsantrag nahm der Abgeordnete Dr. Ulrich Wilken wie folgt Stellung:

„[...] Meine Damen und Herren von der CDU, ich habe beim Lesen Ihres Antrags zur Kenntnis genommen, dass Sie uns jetzt a) offen als „linksextremistische Partei“ bezeichnen und dass Sie b) zwar gegen ein NPD-Verbot sind, aber die Linkspartei verbieten und auf diese Weise rechtsextreme Straftaten eindämmen wollen. So weit habe ich Sie verstanden. Verstehen kann ich das nicht. Die Legalität der NPD führt fortlaufend zur Kriminalisierung antifaschistischer Gruppen und ihrer Aktionen. Das, was Sie im Verfassungsschutzbericht als linksextreme Straftaten aufführen, wird zum Teil dadurch hervorgerufen, dass wir von der Linken uns auf die Straße begeben und aktiv ein Zeichen gegen faschistische Aufmärsche setzen, um den Faschisten keinen Meter der Straße zu überlassen.“<sup>127</sup>

Im Anschluss an diese Debatte wurde ein fraktionsübergreifender Dringlicher Entschließungsantrag von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Gedenken an 20 Jahre Mauerfall und die gewaltsame Niederschlagung des Volksaufstands gegen die SED-Diktatur am 17. Juni 1953 (Drucks. 18/803) diskutiert. Die Fraktion „DIE LINKE.“ stimmte diesem Antrag als einzige Fraktion im Hessischen Landtag nicht zu. Stattdessen nutzte die Fraktionsvorsitzende Janine Wissler die Aussprache, um das Geschichtsbild ihrer Fraktion und Partei zu verdeutlichen. Sie sagte wörtlich:

---

<sup>126</sup> Antrag der Fraktionen CDU und FDP betreffend „Bekämpfung des islamistischen Terrorismus sowie Rechts- und Linksextremismus“ (Drucks. 18/804).

<sup>127</sup> Dr. Ulrich Wilken im Hessischen Landtag am 17.06.09 (Drucksache 18/14, S. 852 f.).

„Die DDR scheiterte nicht, weil sie sozialistisch war. Das war sie nicht. Sie scheiterte an fehlender Freiheit, aber auch an fehlender sozialer Gleichheit. [...] Eine Absage an den Stalinismus bedeutet aber nicht, dass man den Kampf um eine andere Gesellschaft, eine sozialistische Gesellschaft aufgeben muss. [...] Ich möchte enden mit einem Satz von Christa Wolf, der zur Losung bei der historischen Protestdemonstration am 4. November 1989 in Berlin wurde: „Also träumen wir mit hellwacher Vernunft: Stell dir vor, es ist Sozialismus, und keiner geht weg.“ DIE LINKE hat sich auf den Weg gemacht, der Verwirklichung dieses Traums ein paar Schritte näher zu kommen. Diesen Traum haben auch viele Menschen geträumt, die 1953 und 1989 auf die Straße gegangen sind. Gerade angesichts der jetzigen Situation zeigt sich, dass der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte sein darf und sein kann.“<sup>128</sup>

In der Sitzung am 18. Juni wurden auf Antrag der Linken die zu dieser Zeit deutschlandweit stattfindenden Bildungstreiks thematisiert. Neben den Linken und verschiedenen Gewerkschaften hatten auch offen linksextremistische Organisationen hierzu aufgerufen.<sup>129</sup> Im Antrag der Fraktion „DIE LINKE.“ betreffend „aktuelle Bildungsproteste und -streiks im ganzen Land“ (Drucks. 18/781) hieß es:

„Der Landtag begrüßt den bunten und kreativen Protest von Schülerinnen und Schülern, Studierenden, Lehrerinnen und Lehrern, Eltern und Auszubildenden, die in dieser Woche bundesweit gegen die Zustände in Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen, auf dem Ausbildungsmarkt und in den Betrieben demonstrieren. Die Bildungsproteste sind eine legitime Unmutsbekundung, die auf die Mängel im Bildungssystem hinweist und die ernst zu nehmen ist.“<sup>130</sup>

Im Plenum äußerte sich die Abgeordnete Cárdenas Alfonso zu den Mitteln und Methoden, mit denen die Streikenden ihren Forderungen Ausdruck verleihen:

„Die gesamte Woche über gehen in einem bundesweiten Bildungstreik Schülerinnen und Schüler, Studierende, Lehrende und Eltern gemeinsam auf die Straße. Sie besetzen Ministerien, Staatliche Schulämter, Landtage, Universitäten. [...] Wir alle in diesem Landtag sollten die Proteste als richtig, wichtig und legitim anerkennen und die Landesregierung auffordern, sich die bildungspolitischen Ziele und Vorstellungen der jungen Generation zu eigen zu machen.[...] Wir im Landtag sind eigentlich die Adressaten dieser Proteste. Wir soll-

---

<sup>128</sup> Janine Wissler im Hessischen Landtag am 17.06.09 (Drucksache 18/14, S. 863).

<sup>129</sup> In der Liste der Unterstützer finden sich z. B. die Linksjugend [ `solid], die REVOLUTION und andere Organisationen, die vom Verfassungsschutz als linksextremistisch eingestuft werden.

<sup>130</sup> Pressemitteilung der Fraktion Die Linke im Hessischen Landtag vom 09.06.09, abrufbar unter: <http://starweb.hessen.de/cache/DRS/18/1/00781.pdf>.

ten sie ernst nehmen, statt sie zu kriminalisieren oder den jungen Leuten zu unterstellen, sie seien extremistisch gesteuert.“<sup>131</sup>

Was dabei offensichtlich vergessen wurde, ist die Art und Weise, wie mit dem Recht auf friedliche Demonstration umgegangen wurde und in welchem erheblichen Maße friedliche Proteste in Krawall, Randalen, Hausfriedensbruch und Sachbeschädigungen übergingen. Teile der Protestierenden besetzten öffentliche Einrichtungen und beschädigten diese massiv. Zu dieser gewalttätigen Art der „Interessenvertretung“ der Studenten, die mit Gewalt, Krawall und Chaos die Erfüllung ihrer Anliegen erzwingen will, nahmen die bürgerlichen Parteien Stellung und machten klar, dass Terror und Gewalt keine Mittel der Politik sein können und dürfen.

Zur Vereinnahmung der Proteste durch extremistische Organisationen hieß es in einem Dringlichen Entschließungsantrag der CDU-Fraktion (Drucks. 18/805):

„Der Landtag nimmt in diesem Zusammenhang zur Kenntnis, dass sich auf der Liste der Unterstützer des Aufrufs zum Bildungsstreik 2009 auch Gruppierungen befinden, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Der Landtag missbilligt die Vereinnahmung der Bildungsproteste für antidemokratische Zwecke.“<sup>132</sup>

In der Plenardebatte äußerte sich auch der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Hans-Jürgen Irmer unter dem Eindruck der gewalttätigen Proteste:

„Eine spannende Frage ist: Wer steckt eigentlich dahinter? Das antifaschistische Forum, Die Falken, Assoziation marxistischer Studierender, SDS, Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung, „DIE LINKE.“, Linksjugend, die SDAJ ist dabei. Dort heißt es: Sozialismus ist die Alternative, Klammer auf: Solidarität mit Kuba, mit einem Terrorstaat. Meine Damen und Herren, das sind Ihre Bündnispartner. Das sind die, die Verantwortung für diesen Streik haben. Spätestens hier wird eines deutlich: auch die Rote Antifa gehört dazu. [...] Es geht denen, die dahinter stehen, um den Kampf gegen den verhassten Staat unter dem Schutzmantel einer Demonstration. Die Protestformen sind völlig inakzeptabel. Es kann nicht sein, dass im öffentlichen Raum Sachbeschädigungen stattfinden. Ich erwarte von den Neokommunisten, dass sie sich endlich von der Gewalt distanzieren. Das, was hier gelaufen ist, ist nicht akzeptabel. Gewalt gegen Sachen galt zu ihrer Zeit immer als legitim.

---

<sup>131</sup> Barbara Cárdenas Alfonso im Hessischen Landtag am 18.06.09 (Drucksache 18/15, S. 968 ff.).

<sup>132</sup> Dringlicher Entschließungsantrag der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag vom 16.06.09, Drucksache 18/805, abrufbar unter: <http://starweb.hessen.de/cache/DRS/18/5/00805.pdf>.

Diese Sprüche kennen wir alle noch. Aber das ist nicht akzeptabel, denn aus Gewalt gegen Sachen wird irgendwann Gewalt gegen Personen. Wir aber wollen keine Gewalt.“<sup>133</sup>

Die Linken machen durch ihre Beteiligung und Unterstützung von Protestaktionen deutlich, dass sie Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Forderungen akzeptieren.

## 5. Plenum 7.7 - 9.7.2009

In der Plenarsitzung am 8. Juli 2009 zeigte die Fraktionsvorsitzende Janine Wissler in der Debatte über einen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „betreffend ideologische Politik und Beratungsresistenz der Landesregierung“ (Drucks. 18/862) auf, welche Wege ihre Fraktion für eine Auseinandersetzung mit der Regierungsarbeit auch in Zukunft wählen wird. In ihrem Redebeitrag sagte sie:

„Ihre Regierung ist nicht nur unfähig, sie ist auch böse. [...] Wenn der Verfassungsschutz konsequent wäre, dann sollte er sich auch in Ihren Reihen umschaun. [...] Diese Regierung braucht Druck. Sie braucht parlamentarischen Druck, und sie braucht vor allem außerparlamentarischen Druck. Wenn es eine gesellschaftliche Mobilisierung gibt, dann sind CDU und FDP auch bereit, eigene Überzeugungen aufzugeben. [...] Diese Regierung braucht Druck. Wir wollen daran im Parlament und natürlich auch außerhalb mitarbeiten.“<sup>134</sup>

„DIE LINKE.“ bekennt sich damit offen zu rechtswidrigem Druck der Straße auf eine demokratisch gewählte Regierung. Der Verfassungsschutz sammelt Informationen über Bestrebungen, die gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtet sind und wertet diese aus.<sup>135</sup> Er fungiert nicht als Instrument parteipolitischer Interessen. Durch ihre Forderung nach einer Überwachung der Landesregierung durch den Verfassungsschutz unterstellt Frau Wissler der Landesregierung, sie sei verfassungsfeindlich. Diese Äußerung ist ein weiterer Beleg für die totalitären Ansichten der Mitglieder der Linksfraktion. Jeder, der Ihre Vorstellungen nicht teilt, ist „verfassungsfeindlich“ und soll sanktioniert werden. Der Verfassungsschutz in einem Rechtsstaat ist aber nicht dazu da, den Systemumsturz nach Vorstellung der Linken zu unterstützen. Er bekämpft Feinde der Verfassung.

---

<sup>133</sup> Hans-Jürgen Irmer im Hessischen Landtag am 18.06.09, Drucksache 18/15, S. 976.

<sup>134</sup> Janine Wissler im Hessischen Landtag am 08.07.09 (Drucksache 18/17, S. 1089 ff.).

<sup>135</sup> zitiert nach: [www.verfassungsschutz.de](http://www.verfassungsschutz.de) (03.11.09).

In der Plenarsitzung am 9. Juli 2009 diskutierten die Fraktionen über einen Antrag der Fraktionen von CDU und FDP betreffend eine Lehrerhandreichung 60 Jahre Grundgesetz – 60 Jahre Erfolgsgeschichte Demokratie (Drucks. 18/263). Der Abgeordnete der Linken, Dr. Wilken, nutzte die Debatte, um sein Verfassungsverständnis näher zu erläutern:

„Seitens der LINKEN stehen wir weiterhin zu unserer Verfassung, eben auch, weil sie keine neoliberale Wirtschaftspolitik vorschreibt, sondern im Gegenteil auch die Möglichkeit sozialistischen Wirtschaftens ausdrücklich ermöglicht, auch wenn nach dem Ende des Systemkonflikts, als nur noch der Kapitalismus übrig geblieben war, ein massiver Rückbau sozialer Leistungen einsetzte und dies auch noch mit den Bedürfnissen der Wirtschaft gerechtfertigt wurde. Als LINKE fordern wir eine Konkretisierung des Sozialstaatsgebots in Art. 20 unseres Grundgesetzes: Es bedarf echter sozialer Grundrechte, Grundrechte auf Arbeit, sozialer Sicherung, bezahlbaren Wohnraums, gesundheitlicher Daseinsvorsorge sowie eines Rechts auf Migration. Würden diese in den Verfassungstext aufgenommen, könnte sich unsere Gesellschaft gemeinschaftlich tiefgreifend zum Besseren verändern. Doch wir von der LINKEN bleiben dabei: Unser aller Grundgesetz, insbesondere die in Art. 20 festgeschriebenen Fundamentalnormen der sozialen und rechtsstaatlichen Demokratie, beinhaltet den politischen Auftrag, einen demokratischen Sozialismus zu realisieren. Deswegen werden wir – durchaus auch in der bewussten Tradition des KPD-Vorsitzenden im Jahre 1949, Max Reimann – die im Grundgesetz verankerten demokratischen Rechte verteidigen, notfalls gegen die Verfasser des Grundgesetzes selbst.“<sup>136</sup>

## 6. Plenum 15.9. - 17.9.2009

Auch im September-Plenum hatte der Abgeordnete Dr. Wilken Gelegenheit, seine Ideen zur Abschaffung der Sozialen Marktwirtschaft und Installierung einer anderen Wirtschaftsordnung in Deutschland zu erläutern. In der Debatte über drei unterschiedliche Anträge<sup>137</sup> zum Thema „Soziale Marktwirtschaft“ sagte er:

„Es geht um den Systemfehler, den wir in den letzten Jahren und Jahrzehnten in der Bundespolitik und leider auch in der Landespolitik zugelassen haben: Es ist der Blick darauf verloren gegangen, dass der Markt nicht dafür sorgt, dass das Sozialstaatsgebot eingehal-

---

<sup>136</sup> Dr. Ulrich Wilken im Hessischen Landtag am 09.07.2009 – Drucksache 18/18, S. 1223 f.

<sup>137</sup> Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP betreffend Soziale Marktwirtschaft garantiert Freiheit, Wohlstand und soziale Sicherheit (Drucks. 18/1066), Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend aus der globalen Krise die richtigen Konsequenzen ziehen – die Marktwirtschaft braucht einen sozialen und ökologischen Rahmen (Drucks. 18/1102) und Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Neustart der sozialen Marktwirtschaft – Wirtschafts- und Sozialordnung braucht klare Regeln und handlungsfähige Akteure (Drucks. 18/1109).



ten wird. [...] Es bedarf dazu unserer Meinung nach echter sozialer Grundrechte. Dazu gehören das Grundrecht auf Arbeit, das Recht auf soziale Sicherung, das Recht auf bezahlbaren Wohnraum, das Recht auf gesundheitliche Daseinsvorsorge sowie sicherlich auch ein Recht auf Migration. Wir wünschen uns, dass diese Rechte gegenüber dem Staat einklagbar sind, damit wir eine solche Diskussion nicht mehr erleben müssen: ein Zurückziehen des Staates in einer Situation, in der uns das Zurückziehen staatlicher Regelungen in die größte Krise des neuen Jahrtausends geführt hat.“<sup>138</sup>

Im weiteren Verlauf der Sitzung beschäftigte sich der Hessische Landtag in einer von der CDU-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde zum Thema: „Rot-Rot-Grün war schlecht für Hessen, ist schlecht für Deutschland – soziale Brandstifter der Linkspartei dürfen keine Regierungsverantwortung bekommen“. Unmittelbarer Anlass für diese Aktuelle Stunde waren Äußerungen der Spitzenkandidatin der hessischen Linken für die Bundestagswahl, Sabine Leidig, die zu sozialen Unruhen und Straßenkämpfen aufgerufen hatte.<sup>139</sup>

Die Fraktionsmitglieder der Linken nahmen zu den Äußerungen ihrer Spitzenkandidatin mit keinem Wort Stellung. Stattdessen führte der Abgeordnete Dr. Ulrich Wilken aus:

„[...] es geht darum, dass Sie mehr oder weniger aufgeregt davon abzulenken versuchen, wer für die Zustände in diesem Land verantwortlich ist. Schuld an der Armut in unserem Land sind die Parteien, die mit der Agenda 2010, dem Abschied aus der paritätischen Sozialversicherung, einer verfehlten Gesundheitsreform, den Rentenkürzungen unter anderem durch die Rente erst ab 67 und den Hartz-Gesetzen unser Sozialsystem zerstört haben. Schuld an der Unruhe in den Betrieben sind die Parteien, die den gesetzlichen Mindestlohn verweigern, die Leiharbeit ausgeweitet haben und durch den Mindestlohnsektor enormen Druck auf Gewerkschaften und Betriebsräte ausüben. Schuld am Krieg – nicht nur in Afghanistan – sind die Parteien, die diese Einsätze beschlossen haben. Diejenigen, die diese Politik zu Recht und im Sinne der Mehrheitsmeinung der Bevölkerung kritisieren, nun dafür verantwortlich zu machen, ist schäbig und höhnisch. [...] Sie beleidigen die Aktiven in kirchlichen Sozialinitiativen. Sie beleidigen die Pfarrer, die sich vor Ort gegen Armut, für Flüchtlinge und gegen Abschiebungen engagieren. Sie beleidigen die Gewerkschafter und Betriebsräte, die sich für die Verbesserung der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen engagieren und dafür streiken. [...] Sie beleidigen die Friedensaktivisten. [...] Sie nennen es nicht Krieg, weil Sie ansonsten unter die Strafandrohung des Grundgesetzes fallen würden, das die Vorbereitung eines Angriffskriegs unter schwere Strafe stellt. Im Namen all dieser engagierten Menschen in diesem Land erwarte ich von Ihnen eine Entschuldigung. [...] Das

---

<sup>138</sup> Dr. Ulrich Wilken im Hessischen Landtag am 17.09.2009 – Drucksache 18/21, S. 1417 f.

<sup>139</sup> Vgl. das Zitat oben bei Fußnote 27.

ist schon ein eigenartiges Demokratieverständnis, wenn Regierungsfractionen eine verstärkte geheimdienstliche Überwachung der Opposition fordern. [...] Die marktradikale Ideologie und die sich daraus ergebende menschenverachtende Ausbeutungspraxis haben in ihren Auswirkungen die Welt in die noch nicht übersehbare Finanz- und Wirtschaftskrise geführt.“<sup>140</sup>

Dagegen wurden die Äußerungen von Frau Leidig von den Vertretern von CDU und FDP verurteilt. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP, Wolfgang Greilich, sagte in der Debatte:

„[...] Das ist Aufruf zum Klassenkampf in seiner übelsten Form, nämlich in der Form des Straßenkampfes. Das war kein Ausrutscher. Das ist nicht misszuverstehen. In dem Kontext, in dem sich Frau Leidig immer wieder äußert, hat das ganze System. Sie hat schon immer erklärt, dass sie unser demokratisches parlamentarisches System ablehnt und abschaffen will. [...] Wir haben allen Anlass, diese mindestens tendenziell verfassungsfeindliche Partei intensiv weiter zu beobachten. Frau Leidig und ihre Genossen dürfen nicht darauf hoffen, dass dieser demokratische Staat wehrlos zusieht, wie sie ihre zerstörerischen Attacken auf unser rechtsstaatliches System fahren. Diese Demokratie ist eine wehrhafte Demokratie. [...] Die Linkspartei handelt auch heute noch nach dem Grundsatz Walter Ulbrichts, der da lautete: „Es muss alles demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand behalten.“ In diesem Zusammenhang stehen die Äußerungen von Frau Leidig. Deshalb nutzen wir diese Aktuelle Stunde, um wachzurütteln. Ich rufe Ihnen zu: Nie wieder dürfen Anhänger totalitärer Ideologien die Gelegenheit erhalten, die Grundlagen von Menschenwürde, Freiheit und Demokratie zu untergraben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wehret den Anfängen! Stoppt die Demokratiefeinde!“<sup>141</sup>

Der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Axel Wintermeyer, veröffentlichte eine Pressemitteilung:

„Die CDU-Fraktion im Hessischen Landtag hat heute eine Aktuelle Stunde zu den immer wiederkehrenden demokratiefeindlichen Aussagen aus den Reihen der Linkspartei beantragt. "Die CDU ist bestürzt über die Hetze der Linken-Spitzenkandidatin zur Bundestagswahl, Sabine Leidig. Wieder einmal zeigt sich, was diese Partei von unserem Rechtsstaat hält - nämlich nichts. Wer soziale Unruhen fordert ist antidemokratisch. Und wer den Systemwechsel fordert, der muss auch sagen, was auf eine parlamentarische Demokratie folgen soll. Etwa ein kommunistischer Unrechtsstaat, wie wir ihn schon oft in der Geschichte erlebt haben? Für uns ist klar: "Die Brandstifter der Linkspartei dürfen keine Regierungs-

---

<sup>140</sup> Ulrich Wilken im hessischen Landtag am 17.09.2009 – Drucksache 18/21, S. 1449.

<sup>141</sup> Wolfgang Greilich im Hessischen Landtag am 17.09.2009 – Drucksache 18/21, S. 1444.

verantwortung bekommen", sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Axel Wintermeyer.

Wir als Christdemokraten haben die Verpflichtung die Demokratie vor extremen Parteien zu schützen. Aber das gilt auch für SPD und Grüne. Doch hier nimmt man das aus Machtstreben scheinbar nicht mehr so genau. Fazit: Rot-Rot-Grün war schlecht für Hessen und ist schlecht für Deutschland", stellte Wintermeyer fest.<sup>142</sup>

## 7. Plenum 6.10 - 8.10.2009

Anlässlich des 20. Jahrestages des Mauerfalls und der damit verbundenen Wiedervereinigung Deutschlands wurde von CDU und FDP ein Antrag eingebracht, der sich die bessere Geschichtsvermittlung an Hessens Schülerinnen und Schüler zum Ziel setzte. Der Antrag lautete wie folgt:

„1. Der Landtag erinnert an die Schrecken der deutschen Teilung und an die friedliche Revolution 1989. Der Fall der Mauer und die Wiedervereinigung Deutschlands wären ohne die mutigen Menschen, die in der DDR über Jahre und Jahrzehnte für Freiheit, Bürgerrechte und Demokratie gekämpft haben, nicht möglich gewesen.

2. Die deutsche Teilung mahnt uns alle, Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit zu schützen und uns gegen Diktatur, jede Form von Extremismus und Gewalt zu wenden.

3. Die Grundwerte von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit müssen auch in Gedenkstätten und Museen zur DDR-Geschichte und zur Geschichte der deutschen Teilung vermittelt werden. Museen und Gedenkstätten verfolgen als außerschulische Lernorte einen Bildungsauftrag. Der Hessische Landtag ist davon überzeugt, dass diese Lernorte gemeinsam mit den Schulen dem bedenklichen Trend zur Verklärung des DDR-Unrechtsregimes entgegenarbeiten können und die Erinnerung an die Schicksale der Maueropfer und der politischen Verfolgten durch das SED-Regime, aber auch an Widerstand und Opposition wach halten können.

4. Der Landtag empfiehlt allen hessischen Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere jeder Schülerin und jedem Schüler, eine Gedenkstätte oder ein Museum zur deutschen Teilung zu besuchen.

### **Begründung:**

Die friedliche Revolution der Bürgerinnen und Bürger in der ehemaligen DDR und die damit verbundene Wiedervereinigung Deutschlands jähren sich 2009/2010 zum zwanzigsten

---

<sup>142</sup> Pressemitteilung der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag vom 14.09.2009, abrufbar unter: [http://www.cdu-fraktion-hessen.de/fraktion\\_home/details.cfm?nr=7649](http://www.cdu-fraktion-hessen.de/fraktion_home/details.cfm?nr=7649).

Male. Diese historischen Ereignisse sowie jüngste Umfrageergebnisse, welche Schülerinnen und Schülern nur unzureichendes Wissen über das SEDRegime bescheinigen und belegen, dass bereits jetzt eine Verklärung des Regimes erfolgt, unterstreichen die Notwendigkeit, historisches Wissen zu vermitteln und Demokratieerziehung und Toleranz zu fördern. In den Lehrplänen ist die Auseinandersetzung mit der Geschichte der deutschen Teilung in allen Schulformen fest verankert. Gedenkstättenpädagogische und museumspädagogische Konzepte können und müssen als Ergänzungen zur schulischen Vermittlungsarbeit verstanden werden. Sie richten sich an Besuchergruppen aller Altersstufen und Bevölkerungsgruppen und stimmen ihre Konzepte auf die jeweilige Zielgruppe ab und nehmen die Herausforderung des lebenslangen Lernens an. Die Auseinandersetzung mit dem Thema kann in außerschulischen Lernorten, vor allem in Gedenkstätten, die sich durch die Authentizität des Ortes auszeichnen, in besonderer Weise erfolgen.“<sup>143</sup>

Diesem völlig unbedenklichen Antrag, der Konsens unter Demokraten sein sollte, stimmte die Fraktion „DIE LINKE.“ nicht zu.<sup>144</sup> Die Abgeordnete Cárdenas Alfonso vermutete stattdessen:

„[...] dass die von Ihnen [Anm. CDU und FDP] verwendete Formulierung „jede Form von Extremismus nicht auf den Islamismus abzielt, sondern der [...] Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus den Weg bereiten soll. Wie Sie wissen, haben wir eine differenzierte Einstellung und können daher diesen Punkt nicht mittragen.“<sup>145</sup>

Damit stellte Frau Cárdenas Alfonso erneut klar, welche Einstellung ihre Fraktion zu Linksextremismus hat.

„DIE LINKE.“ ist nicht bereit, gegen Extremismus und Diktatur einzutreten. Aus diesem Grund unterblieb auch bei dieser Gelegenheit wieder die Auseinandersetzung der Linken mit ihrem eigenen Erbe und ihren extremistischen Überzeugungen.

---

<sup>143</sup> Antrag der Fraktionen CDU und FDP betreffend Besuch einer Gedenkstätte oder eines Museums zur deutschen Teilung – Das Unrecht und das Leid der Menschen in der DDR darf nicht in Vergessenheit geraten vom 29.09.09, Drucksache 18/1163.

<sup>144</sup> vgl. Barbara Cárdenas im Hessischen Landtag am 07.10.09, Drucksache 18/23, S. 1548.

<sup>145</sup> vgl. Barbara Cárdenas Alfonso im Hessischen Landtag am 07.10.09, Drucksache 18/23, S. 1548.

## Teil D Bündnisfähigkeit der Partei „DIE LINKE.“

Noch bis zum Tag der Hessischen Landtagswahl am 27. Januar 2008 gab es eine breite Übereinstimmung zwischen allen demokratischen Parteien darüber, dass eine parlamentarische Zusammenarbeit mit der Partei „Die Linke.“ nicht in Betracht komme. Führende Vertreter der SPD in Hessen wie im Bund betonten, dass „DIE LINKE.“ nicht koalitionsstauglich sei. Mit welcher Vehemenz eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei in Hessen ausgeschlossen wurde, belegt ein Bericht von Helmut Markwort, dem Chefredakteur des Focus:

„[...] Am Dienstag, den 22. Januar 2008, also exakt fünf Tage vor der Hessen-Wahl, moderierte ich für den Radiosender FFH in Bad Vilbel eine Diskussion zwischen den Spitzenkandidaten Roland Koch (CDU), Andrea Ypsilanti (SPD), Jörg-Uwe Hahn (FDP) und Tarek Al-Wazir (Grüne). Nach der Debatte über Sachthemen fragte ich nach Koalitionsmöglichkeiten. Für die Zuhörer und Wähler wollte ich wissen, wie Andrea Ypsilanti sich verhalten würde angesichts einer Chance, zur Ministerpräsidentin gewählt zu werden. Ich unterstellte die Situation, die nach der Wahl tatsächlich eingetreten ist, und fragte laut Tonprotokoll wörtlich: „Wie verhalten Sie sich, wenn es so kommt? Ist Ihnen lieber der Roland Koch in der Staatskanzlei oder eine Tolerierung durch Die Linke?“ Andrea Ypsilanti reagierte heftig, fast wütend: „Wie oft soll ich es denn noch sagen, Herr Markwort? Sie kriegen von mir heute Abend keine andere Antwort mehr, als ich die letzten Wochen und Monate immer gesagt habe: Es gibt keine irgendwie geartete Zusammenarbeit mit den Linken.“ Damals habe ich ihr geglaubt. Als Schauspielerin ist sie erstklassig.“<sup>146</sup>

Durch den Wortbruch der Hessischen SPD ist der Konsens unter den demokratischen Parteien aufgekündigt worden. Sowohl SPD als auch Grüne streben mittlerweile offen Bündnisse auf Landes- und Bundesebene mit den Neo-Kommunisten der Partei „DIE LINKE.“ an. Die schon bekannten landesparlamentarischen Koalitionen in den neuen Bundesländern haben durch die Rot-Rote Koalition in Brandenburg, die erstmals erwiesenermaßen Stasi-Spitzel und IMs in eine Landesregierung beförderte,<sup>147</sup> eine neue Dimension erreicht. Dadurch zeigt sich, dass die SPD mittlerweile auf allen Ebenen nicht länger auf die Machtoption einer Zusammenarbeit mit der Linkspartei verzichten will.

---

<sup>146</sup> Helmut Markwort: „Tagebuch Schauspielerin Ypsilanti“, Focus 10/2008.

<sup>147</sup> Parteichef Thomas Nord und Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser haben ebenso wie weitere vier Mitglieder der Fraktion „DIE LINKE.“ im Brandenburgischen Landtag für die DDR-Staatssicherheit gespitzelt. Volkmar Schöneburg, der meint, die DDR sei kein Unrechtsstaat gewesen, wurde zum Justizminister ernannt.

Auf Bundesebene hat sich die Einstellung der SPD zur Partei „DIE LINKE.“ erkennbar verändert. Klaus Wowereit, der in Berlin mit den Linken regiert, empfiehlt:

„[...]einen entkrampften Umgang mit der Linkspartei“<sup>148</sup>

Frank-Walter Steinmeier stellt fest:

„Die Entscheidung über mögliche Koalitionen liegt bei den jeweiligen Landesverbänden.“<sup>149</sup>

Franz Müntefering sagt in Bezug auf eine Zusammenarbeit mit der Linken:

„Das macht mir keine Angst.“ denn: „Mehr sozialdemokratische Ministerpräsidenten (Anm. auch mit Hilfe der Linkspartei) zu stellen würde mehr helfen als schaden.“<sup>150</sup> Damit könne man auch „machtpolitisch ein Zeichen setzen.“<sup>151</sup>

Der Autor Manfred Bissinger beschreibt in einem Essay für die Welt das Problem der SPD:

„Ohne die Linkspartei hat die SPD keine Machtperspektive. Deswegen müssen die Genossen den Kurs ändern, um neue Mehrheiten zu gewinnen. (...) Egon Bahrs Satz vom ‚Wandel durch Annäherung‘ könnte in einem ganz anderen historischen Zusammenhang innenpolitisch wirksam werden und eine Rot-rot-grüne Koalition für 2013 in Reichweite rücken.“<sup>152</sup>

Dass die SPD auf Bundesebene sich einer Zusammenarbeit mit der Partei „DIE LINKE.“ öffnet, war bereits im Zusammenhang mit der Wahl des Bundespräsidenten im Mai 2009 zu erkennen. Im Vorfeld der Wahl warben die SPD und ihre Kandidatin Gesine Schwan offen um die Stimmen der Linken in der Bundesversammlung. Spätestens seit diesem Zeitpunkt war klar: Wer den Bundespräsidenten mit den Stimmen der Linkspartei wählen will, würde auch den Bundeskanzler mit ihren Stimmen wählen.

---

<sup>148</sup> Klaus Wowereit in der FAZ am 05.10.08. Dort führt er ebenfalls aus: „Es ist richtig, dass sich die SPD von dem Tabu trennt, wonach Koalitionen mit der Linkspartei im Bund für uns prinzipiell undenkbar sind. Dieses Tabu muss weg. Es schadet der SPD.“

<sup>149</sup> Frank-Walter Steinmeier im Focus am 24.08.09, abrufbar unter: [www.focus.de/politik/deutschland/wahlen-2009/bundestagswahl/landtagswahlen-steinmeier-erfreut-die-linken\\_aid\\_429202.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/wahlen-2009/bundestagswahl/landtagswahlen-steinmeier-erfreut-die-linken_aid_429202.html).

<sup>150</sup> Franz Müntefering in der FAZ am 27.08.09.

<sup>151</sup> Franz Müntefering in Spiegel-Online unter: [222.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,druck-597782,00.html](http://222.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,druck-597782,00.html).

<sup>152</sup> Manfred Bissinger in: Die Welt vom 18.04.09.

Nach der Landtagswahl 2008 strebten SPD und Grüne allen vorherigen Beteuerungen zum Trotz eine Zusammenarbeit mit der Partei „DIE LINKE.“ an. Ziel war die Bildung einer von den Linken tolerierten Minderheitsregierung. Wäre es zu dieser Allianz von SPD und Grünen gekommen, hätte kein Gesetz im Hessischen Landtag gegen das Votum der Abgeordneten der Fraktion „DIE LINKE.“ verabschiedet werden können. Der Abgeordnete der Fraktion „DIE LINKE.“, Dr. Ulrich Wilken, sagte:

„Bei einer Tolerierung müsste jedes Gesetz offen im Parlament verhandelt werden, da würde es keine Entscheidungen hinter geschlossenen Kabinetttüren geben - weil die Mehrheiten nicht da wären. So etwas stellt Öffentlichkeit und Transparenz her.“<sup>153</sup>

In welchem Maße sich SPD und Grüne den Bedingungen der Linken beugten, schreibt deren Vorsitzende Eifler in der Mitgliederzeitschrift „DISPUT“:

„DIE LINKE stellte deshalb keine Bedingungen an den Regierungswechsel. Sie machte vielmehr deutlich, dass für die Unterstützung einer rot-grünen Minderheitsregierung der Regierungswechsel mit einem Politikwechsel verbunden sein müsse. Dazu gehöre die flächendeckende Einführung der Gemeinschaftsschule, die Rücknahme der milliardenschweren Einsparungen, die Wiedereinführung fester Ladenöffnungszeiten, die Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder, die Umwandlung von Ein-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse und der Stopp des Flughafenausbaus in Frankfurt und Kassel-Calden. Bewusst wurden diese Forderungen nicht zur Bedingung für einen Politikwechsel gemacht. Vielmehr wurden sie als Erwartungshaltung formuliert.“<sup>154</sup>

Durch das Erstarken der Linkspartei sah sich die SPD genötigt, auch programmatisch in einen Wettbewerb um die Auslegungshoheit für den Begriff der sozialen Gerechtigkeit einzutreten. Seit dieser Zeit hat sich die SPD deutlich von der Programmatik der Regierung Schröder entfernt und rückt immer weiter nach links. Die Forderungen nach einem flächendeckenden Mindestlohn und die umfangreiche Steuererhöhungen (Vermögenssteuer, Börsenumsatzsteuer, Erbschaftssteuer) sind nur einige Beispiele für zahlreiche programmatische Übereinstimmungen der SPD mit der Partei „DIE LINKE.“

---

<sup>153</sup> Ulrich Wilken im Spiegel am 31. August 2008, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/debatte/0,1518,575444,00.html>.

<sup>154</sup> Ulrike Eifler in der Mitgliederzeitschrift DISPUT, Ausgabe November 2008, unter: <http://die-linke.de/politik/disput/archiv/detail/archiv/2008/november/kategorie/disput/zurueck/archiv/artikel/einparlamentarisches-desaster/>.

Besonders in der hessischen SPD ist die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit der Partei „DIE LINKE.“ trotz des Scheiterns im ersten Versuch noch immer in den Köpfen verankert. Dies belegt eine Aussage des Fraktions- und Landesvorsitzenden Schäfer-Gümbel:

„Wir dürfen den Umgang mit der PDL (er meint die „Partei Die Linke“) nicht auf eine Koalitionsfrage reduzieren. Das wäre ohnehin rein theoretisch.“<sup>155</sup>

Der Generalsekretär der SPD Hessen, Michael Roth, wird noch deutlicher:

„Die Lehre der vergangenen Monate in Hessen sollte sein, dass wir keine Ausschließertis mehr betreiben dürfen. Koalitionen sind Zweckbündnisse und werden nach Wahlen geschlossen. [...] Weder unser Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier noch Parteichef Franz Müntefering behaupten, dass diese Entscheidung [Anm. nicht mit der Linkspartei zu koalieren] der SPD für alle Ewigkeiten gilt. Spätestens nach den Landtagswahlen in Thüringen und im Saarland werden wir uns mit diesen Fragen noch einmal auf Landesebene beschäftigen müssen“<sup>156</sup>

Damit ist klar, dass auch nach dem gescheiterten Wortbruch die Option einer Regierungsbeteiligung der Linken bei entsprechenden Mehrheiten dauerhaft aktuell bleibt.

---

<sup>155</sup> Thorsten Schäfer-Gümbel in der Süddeutschen Zeitung am 13.10.09.

<sup>156</sup> Michael Roth, Generalsekretär der hessischen SPD, in der Frankfurter Neuen Presse am 14.04.09.



## Zusammenfassung

Die Partei „Die LINKE.“ ist die Nachfolgeorganisation und Rechtsnachfolgerin der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), die für 40 Jahre menschenverachtende Diktatur in der DDR die Verantwortung trägt. Es besteht in personeller wie in organisatorischer Hinsicht eine direkte Kontinuität von der SED über die PDS zur Partei „Die LINKE.“. In den westdeutschen Bundesländern hat die PDS durch Fusion mit der WASG zusätzlich ehemalige Mitglieder der verfassungsfeindlichen DKP und anderer linksextremistischer Splittergruppen aufgenommen.

Es fehlt bis heute ein klarer Trennungsstrich zum Unrecht der sozialistischen Diktatur. In Geschichtsklitterungen rechtfertigen führende Vertreter der LINKEN die Mauer, verharmlosen den Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze, die Repression und Verfolgung von sogenannten „Staatsfeinden“ und die Unterdrückung von politisch Andersdenkenden. Damit verhöhnern sie die Opfer der SED-Diktatur. Es bleibt unsere Aufgabe, das Unrecht und das Leid des SED-Unrechtsstaates nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Die aus der SED-Nachfolgepartei PDS hervorgegangene Partei „Die LINKE.“ verharret in strikter Ablehnungshaltung zur bundesdeutschen Demokratie. Ungeachtet der taktisch motivierten Beteiligung an Wahlen und Regierungen verfolgt die Partei unverändert das Ziel eines „Systemwechsels“. „Die LINKE.“ strebt nach einer anderen Gesellschaft und einem anderen Staat. Sie gehört nicht zu den Parteien des demokratischen Grundkonsenses und will auch nicht dazugehören.

Auf programmatischer Ebene steht im Mittelpunkt ihrer Forderungen ein überbordender Sozialstaat mit exorbitanten Transferleistungen. Fragen nach der Finanzierbarkeit werden dabei ausgeblendet. Höhere Steuern und Abgaben, rasant steigende Staatsverschuldung und damit höhere Erblasten für kommende Generationen wären die unausweichlichen Folgen ihrer Politik. Eine solche Politik macht arm – erst die Bürger, dann den Staat. Armut aber ist nicht sozial. Nicht „Freiheit durch Sozialismus“, wie die LINKE behauptet, sondern Armut und Unfreiheit durch Sozialismus sind die Konsequenzen ihrer Programmatik.

„Die LINKE.“ in Hessen gehört zu den am weitesten linksextrem zuzuordnenden Landesverbänden. Die dargestellte Vielzahl von Kandidaten mit marxistischem und kommunistischem Hintergrund, insbesondere die beiden Fraktionsvorsitzenden van Ooyen und Wissler, belegen, dass die hessische Linkspartei nichts anders als eine marxistisch-kommunistische Partei ist, die unsere freiheitlich demokratische Grundordnung abschaffen will. „Die LINKE.“ in Hessen ist in ideologischer Hinsicht eine Nachfolgepartei der DDR-gläubigen DKP, die sich personell durch Mitglieder der SED-Nachfolgepartei PDS ergänzt hat.

Mitglieder von Partei und Fraktion „DIE LINKE.“ in Hessen betonen immer wieder ihr Ziel der Systemüberwindung. Die parlamentarische Demokratie stellt für sie bestenfalls eine Übergangslösung dar. Zudem beschränkt „DIE LINKE.“ ihre politische Tätigkeit nicht auf die Beteiligung an demokratischen Wahlen und die Mitwirkung in Parlamenten. Stattdessen werden offen auch alle Mittel des außerparlamentarischen Protests zur gewaltsamen Bekämpfung der Gesellschaftsordnung eingesetzt.

Für linke Extremisten gilt dasselbe wie für rechte: Parteien, die die Demokratie in Deutschland bedrohen sind nicht koalitions- und regierungsfähig. Auch der Verweis auf die Beteiligung der Linkspartei an Wahlen bzw. Regierungen und ihre dadurch angeblich erbrachte „Systemkonformität“ befreit keinen Demokraten von der Notwendigkeit, sich von dieser extremistischen Partei klar und unmissverständlich abzugrenzen. Eine demokratische Wahl macht die Partei „DIE LINKE“ noch nicht zu einer demokratischen Partei.

20 Jahre nach der friedlichen Revolution und Überwindung der SED-Diktatur dürfen Kräfte, die unser freiheitliches, demokratisches System abschaffen wollen, keine staatliche Macht erhalten. Als Demokraten ist es unsere Aufgabe, – gerade auch aus der Erfahrung in Hessen – darauf immer wieder hinzuweisen.

### **Impressum**

Herausgeber:

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1 – 3

65183 Wiesbaden

Telefon (0611) 350 527

Fax (0611) 350 556

[www.cdu-fraktion-hessen.de](http://www.cdu-fraktion-hessen.de)

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift  
für die im Impressum genannten Verantwortlichen  
und Vertretungsberechtigten

**Fotos:** CDU-Fraktion

**Verantwortlich** Axel Wintermeyer MdL

**Ltd. Redakteur** Dr. Tobias Kleiter